

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Das Heft 37 widmet sich erneut dem Thema des Kampfs um die Ukraine. USA und EU provozieren Russland und nehmen dabei die Gefahr eines Krieges in Kauf. Die NATO schiebt sich immer näher an die russischen Grenzen heran, allein in diesem Jahr sollen acht NATO-Manöver in der Ukraine unter Beteiligung der Bundeswehr stattfinden. Das Ziel der NATO-Osterweiterung ist die Unterwerfung Russlands – Russland ist in der Defensive.

Trotz der antirussischen Hetze auf allen Kanälen lehnen große Teile der Bevölkerung in Deutschland das Vorgehen von NATO, EU und Bundesregierung in der Ukraine ab. Das wirkt sich aber nicht auf die Teilnehmerzahlen an Protesten gegen den Krieg aus. Warum?

Die ökonomischen und geostrategischen Ursachen des Konflikts werden von der deutschen Linken höchst unterschiedlich bewertet. Das führt zu gegensätzlichen Orientierungen für die Praxis. Häufig wird von einem *Mächtekampf* geredet – suggeriert wird, dass es um eine Neuaufteilung der Ukraine unter den Großmächten gehe. Schmidt fordert die Organisierung der Solidarität mit den verfolgten Linken in der Ukraine und die Aufgabe der Distanz gegenüber Russland.

Und dass es gar Krieg in Europa, Krieg zwischen den imperialistischen Mächten des „Westens“ und Russland geben kann, das schließen nicht nur die meisten Antifaschisten, sondern auch die meisten Kommunisten in

diesem Land aus. „Die Leninsche Imperialismus-Theorie wird nicht verstanden oder nicht ernst genommen,“ bemerkt Norman Paech treffend. Das kann man dem Autor Kerem (SDAJ) nicht vorwerfen – sein Artikel „Zur Einschätzung der Stellung Russlands im imperialistischen Weltsystem“ orientiert sich an den Leninschen Kriterien. Daniel Bratanovic und Sebastian Carlens halten den Konflikt für eine Epochenzäsur in der Entwicklung des Imperialismus: „Dabei markiert die Eskalation des Konfliktes um die Ukraine nicht weniger als den Beginn des Endes der nichtkriegerischen Neuverteilung Europas nach der Konterrevolution 1989–91.“

Angesichts des kommenden Jahrestags der DDR-Gründung stellt Klaus Blessing die positive Bilanz der DDR-Wirtschaft dar. Er zieht auch Schlussfolgerungen für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert und betont, dass für den Sozialismus andere Zielstellungen als die des Kapitalismus gelten müssen. Über den Verlust der Heimat DDR schreibt Martina Dost. Auch von Ralf Jungmann werden in einer Untersuchung über die Stadt Gera die desaströsen Folgen der Annexion der DDR drastisch veranschaulicht: „Die Geisterstadt beginnt hier tief im Osten!“

Die Debatte zum antifaschistischen Kampf führt Ula Richter mit einer Darstellung des „(un-)aufhaltsamen Aufstiegs der Nazis am Beispiel Dortmund“ weiter, die Tätigkeiten der Partei kritisch reflektierend. Renate Münder untersucht die Rolle der Arbeiterklasse im

antifaschistischen Kampf heute und die Probleme der Aktionseinheit.

Wie Kapital und Regierung in Frankreich die Bieterschlacht um Alstom zwischen Siemens und General Electric im Kapitalinteresse lösten, erfahren wir von Alexandra Liebig. Zum zweiten Mal wurde Siemens bei Alstom zurückgeschlagen.

„Geht dem Kapital die wertschaffende Arbeit aus?“ war die Frage in T&P Heft 36. Erneut haben sich zwei Autoren zu dem Thema zu Wort gemeldet: Wir stellen die zwei gegensätzlichen Positionen von Manfred Sohn und Fritz Dittmar vor. Die Debatte ist von praktischer Brisanz für Strategie und Taktik der Kommunisten, wie Inge Humburg in ihrem einleitenden Statement in T&P Heft 36 begründete. So gäbe es keine Reformperspektive durch Beschneidung der Macht des Finanzkapitals mehr, und die Gefahr eines Übergangs zur terroristischen Herrschaftsmethode des Kapitals stiege dramatisch. Womit wir wieder bei der Epochenfrage wären.

Den Abschluss bildet ein Beitrag von Hans-Peter Brenner, der die positive Würdigung Enrico Berlinguers durch Leo Mayer zum Anlass nimmt, die Frage zu untersuchen, ob hiermit ein politischer Leichnam, der „Eurokommunismus“, wiederbelebt werden solle.



DISTANZIERUNG ÜBERWINDEN!

Im Kampf um die Ukraine steht Russland an der Seite des Antifaschismus

Trotz der antirussischen medialen Dauerbeschallung lehnen größere Teile der Bevölkerung in Deutschland das Vorgehen von NATO, EU und Bundesregierung ab. Dennoch gelingt es kaum, Proteste gegen den Krieg zu organisieren und die skandalöse Zusammenarbeit des Westens mit den ukrainischen Nazibanden öffentlich anzuprangern. Angesichts erfolgreicher Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche, der Ostermärsche mit tausenden Teilnehmern oder auch der jüngsten Gaza-Solidaritätsdemos ist es zunächst schwer verständlich, warum zur Ukraine weitgehend Schweigen herrscht.

Die Ursache ist nicht allgemeine Hilflosigkeit angesichts der schrecklichen Ereignisse wie in Odessa, Kiew und dem Terror des Kiewer Regimes in der Ostukraine. Auch fehlende oder falsche Informationen in den bürgerlichen Medien können als Erklärung nicht herhalten. Tatsächlich sind es divergierende Bewertungen der Ursache des Konflikts, die zu gegensätzlichen Praxisorientierungen im Ukraine-Konflikt führen – und häufig Tatenlosigkeit nach sich ziehen.

Berechtigte Sorgen der Linken

Eine Schlüsselfrage ist die nach den ökonomischen und geostrategischen Ursachen des Konflikts. Häufig ist – auch in Organen kommunistischer und sozialistischer Organisationen und Gruppen – die Rede von innerimperialistischen Widersprüchen zwischen Russland, EU und USA. Da wird von einem „Mächtkampf“ und von „Blockkonfrontation“ geredet. Suggestiert wird, dass es um Verteilungskämpfe innerhalb der globalen imperialistischen Bourgeoisie gehe; um eine Neuaufteilung der Ukraine unter den Großmächten.

Erkennbar ist, dass die Anhänger dieser Position die Sorge umtreibt, angesichts eines Konflikts zwischen kapitalistischen Ländern sich auf eine der Seiten zu schlagen. Eine berechtigte Sorge, denn schon oft hat dies in der Geschichte der Arbeiterbewegung den

Übergang zu opportunistischen Positionen markiert. Hinzu kommt die Befürchtung, die Kriegsgefahr, die durch zwischenimperialistische Konkurrenz hervorgerufen wird, könne unterschlagen werden. Anstelle von Lenins Imperialismus-Analyse könne eine Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ kapitalistische bzw. imperialistische Länder treten, an die Stelle des antiimperialistischen Kampfes der Anschluss an eine Konfliktpartei. Diese Sorgen sind alle berechtigt.

Konkrete Analyse

Doch was hat es nun tatsächlich mit dem Konflikt zwischen Russland und dem Westen auf sich? Kaum zu bestreiten ist, dass es Russland unter Putin gelungen ist, den Ausverkauf der Wirtschaft an das ausländische Kapital zu stoppen und eine Entwicklung hin zu einer eigenständigen kapitalistischen Macht einzuleiten. Willi Gerns schrieb dazu in der UZ vom 27. Juni 2014: „Das Russland Putins ist ein kapitalistisches Land, in dem die ökonomischen Grundlagen des Monopolkapitalismus/Imperialismus mit gewissen Besonderheiten durchaus gegeben sind.“

Die Beurteilung der Rolle eines Landes in der Welt, seiner Beziehungen zu den verschiedenen in- und ausländischen Klassen und Staaten sind immer konkret in einer gegebenen Zeit zu betrachten. Eine Analyse, die sich darin erschöpft, ein Land als „imperialistisch“ zu charakterisieren, ohne sämtliche seiner klassenmäßigen Interessen und Beziehungen zu untersuchen, läuft Gefahr, in Dogmatismus zu verfallen und einer falschen Taktik Vorschub zu leisten. Denn eine korrekte Taktik muss nicht nur den Grundwiderspruch des Kapitalismus, sondern auch die Verhältnisse der stärksten und aggressivsten Monopolgruppen und imperialistischen Staaten zu jeglichen anderen Staaten und Klassen beachten, um auf die Kriegsgefahr adäquat antworten zu können. Willi Gerns kommt daher folgerichtig zu dem Schluss: „Die konkrete Analyse der heutigen konkreten historischen

Situation in der Welt muss uns – meiner Überzeugung nach – dazu veranlassen, auf dem Gebiet der internationalen Politik – in klarer Erkenntnis, dass auch Russland ein kapitalistisches, von Oligarchen und der mit diesen verflochtenen Staatsbürokratie beherrschtes Land ist – deutlich zwischen Russland und den imperialistischen Hauptmächten zu differenzieren und die Hauptgefahr für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt in der Weltherrschaftspolitik des US-Imperialismus und seinem imperialistischen NATO- und EU-Gefolge zu erkennen.“ Ergänzt werden muss, dass auch der deutsche Imperialismus – durchaus in Konkurrenz zu den USA – in der Ukraine bzw. in seiner Russland-Politik eigene Ziele verfolgt.

Differenzierung nötig

Der Unterschied zwischen Russland und der NATO/EU muss nicht nur aufgrund der Aggressivität des Westens und der derzeitigen deeskalierenden Außenpolitik Russlands gemacht werden. Auch in Bezug auf die ökonomische und militärische Stärke aller beteiligten Staaten muss differenziert werden. Russlands derzeitiger Status in der weltweiten kapitalistischen Konkurrenz reicht nicht ansatzweise an den der USA und der EU heran, wenngleich diese mit allen Mitteln einen weiteren Aufstieg des BRICS-Bündnisses verhindern wollen. Das Bruttoinlandsprodukt Russlands betrug im letzten Jahr 2,1 Billionen US-Dollar; das des antirussischen Blocks USA–EU zusammen 34,1 Billionen. Das Militärbudget Russlands betrug 87,8 Mio. US-Dollar; das von USA, GB, BRD und Frankreich zusammen 807,9 Mio. [1]. Russlands Politik ist von einer geostrategischen Defensive geprägt. Seine wirtschaftliche Einflussosphäre ist vor allem eine Pufferzone gegen die Aggressionen von NATO und EU. Angesichts dieser Kräfteverhältnisse von einer zwischenimperialistischen Rivalität zu sprechen, die eine ernsthafte Herausforderung des Westens durch Russland suggeriert, verkennt das derzeitige internationale Kräfteverhältnis.

Auch wenn die Beherrschung der Ukraine durch europäische, vor allem deutsche Konzerne als Arbeitskräfte- und Absatzmarkt ein Ziel der derzeitigen Offensive gegen den russischen Einfluss ist, so wird die Auseinandersetzung als Ganzes von einem anderen, übergeordneten Ziel bestimmt. Es ist die seit Ende des Kalten Krieges verstärkte Umkreisung Russlands durch die NATO, die zum Ziel mindestens seine Schwächung als Rohstofflieferant hat. Und eine geschichtliche Lehre ist, dass der westliche Imperialismus nie bei einer Schwächung stehen blieb, sondern Russland stets als koloniales Beuteziel betrachtet hat – ungeachtet der jeweiligen Gesellschaftsformation. Auch heute spricht einiges dafür, dass die historisch nie dauerhaft geglückte Unterwerfung Russlands erneut angegangen werden soll.

Kampf um die Ukraine – gegen den Faschismus

Neben der erdrückenden Übermacht des Westens kommt zur Beurteilung der russischen Rolle die Situation in der Ukraine selbst. Dort findet eine Transformation hin zu einem faschistischen Regime statt. Deutliche Anzeichen sind die Legalisierung faschistischer Banden, der Aufbau einer Massenbasis der faschistischen Parteien auch bei Wahlen, die Hexenjagd gegen Linke und andere Demokraten, das

schrittweise Verbot der KPU. In dieser Situation des antifaschistischen Kampfes sind die Milizen im Osten des Landes die größte Bastion des Widerstands. Es ist eine Situation entstanden, in der die mit Russland verbündeten Milizen gegen den Faschismus und für bürgerlich-demokratische Freiheiten kämpfen, während die mit der NATO/EU verbündeten Banden und die ukrainische Armee den Übergang zu einem faschistischen Herrschaftssystem repräsentieren.

In dieser Situation gefährden Aufrufe an die ukrainische Bevölkerung, sich nicht mit einer kapitalistischen Macht zu verbünden, den antifaschistischen Kampf. Hier zeigt sich, dass die grundsätzlich richtige Strategie, die Arbeiterbewegung auf Autonomie und Überwindung des Kapitalismus zu orientieren, nicht in die falsche Taktik münden darf, die unterschiedlichen Kampfbedingungen unter einer demokratisch-liberalen und unter einer faschistischen Herrschaft zu ignorieren. Es ist eben kein „No-go“, in bestimmten historischen Situationen mit kapitalistischen Staaten zu kooperieren, wenn ein klarer Blick über die jeweiligen Interessen bewahrt wird und das zu erreichende kurzfristige Ziel den Bevölkerungsinteressen und dem strategischen Ziel – dem Sozialismus – dient. Selbstverständlich handelt der russische Staat nicht aus Sowjetnostalgie oder prinzipiellem Antifaschismus. In dieser konkreten Situation – die sich

auch wieder ändern und dann eine taktische Wendung der Kommunisten erfordern könnte – steht Russland aber an der Seite der gegen den Faschismus kämpfenden Bürger der Südostukraine.

Russland nicht der Aggressor

Es ist ein Fortschritt, dass es in der linken Diskussion immer mehr gelingt, den faschistischen Putsch in Kiew als solchen zu erkennen, die abwartende Haltung zu verlassen und die Solidarität mit den verfolgten Linken in der Ukraine zu organisieren. Der nächste Schritt muss es sein, in der bundesdeutschen Linken und der Friedensbewegung die Distanzierung von Russland zu überwinden. In der Bevölkerung muss verbreitet werden: Russland ist in dieser Situation nicht der Aggressor, sondern wird umgekehrt von der NATO/EU bedrängt. Auf dem Weg gen Osten gehen NATO und EU über die Leichen der ukrainischen Bevölkerung. Die Solidarisierung mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Ukraine kann also nur dann Wirkung zeigen, wenn sie mit dem Kampf gegen die antirussische Aggression verknüpft wird.

Quellen und Anmerkungen:

[1] www.statista.com



Kerem, SDAJ

ANALYSE BRAUCHT FAKTEN

Zur Einschätzung der Stellung Russlands im imperialistischen Weltsystem

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine ist eine Debatte darüber entbrannt, ob das heutige Russland imperialistisch ist. Befürworter wie Gegner dieser Aussage sehen sich durch Lenins Imperialismus-Analyse gestützt. Um diese anwenden zu können, sollen im Folgenden einige Fakten betrachtet werden.

Monopole und Finanzkapital

„Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die jüngste Phase

in der Entwicklung des Kapitalismus, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger Monopole unvermeidlich hervorgehen musste und hervorgegangen ist“, schreibt Lenin über das Wesen des Monopols [1]. In Erscheinung tritt es in Monopolunternehmen, die fähig sind, einen bestimmten Markt – nicht allein, aber neben konkurrierenden Monopolen – zu beherrschen. Dazu Beispiele aus Russland:

Gazprom ist eine Unternehmensgruppe mit 430.000 Beschäftigten, über 100 alleinigen oder mehrheitlichen

Tochtergesellschaften und der eigenen *Gazprom-Bank*. Das Unternehmen ist der weltweit führende Erdgasförderer und über ein Abkommen verbunden mit *Rosneft*, dem weltgrößten Energieunternehmen.

Weniger bekannt, aber nicht weniger monopolistisch, ist *Basic Element*. Diese russische Holding kontrolliert über 100 Unternehmen, in 19 Ländern auf allen Kontinenten. Über 250.000 ArbeiterInnen sind in den Branchen Maschinenbau, Energie und Rohstoffe, Bau und Immobilien, Luftfahrt, Land-



wirtschaft, Medien, Logistik und Finanzdienstleistungen tätig. Zur Rohstoffsparte gehört der weltgrößte Aluminiumproduzent *Rusal*. Die Finanzsparte umfasst eine eigene Bank, die größte russische Versicherungsgesellschaft, eine private Rentenkasse und eine Leasinggesellschaft und ist außer in Russland vor allem in den so genannten „GUS“-Staaten und Asien aktiv.

In der „GUS“ ebenfalls sehr aktiv ist auch die *Sistema*, eine Holding mit über 100.000 Beschäftigten, die in den Bereichen Telekommunikation, Erdöl, Petrochemie, Energie, Logistik, Tourismus, Medien, Einzelhandel, Landwirtschaft, privates Gesundheitswesen, Pharmaindustrie und Hochtechnologie tätig ist. Die zur Holding gehörende *MTS* ist das größte Telekommunikationsunternehmen in Russland, Osteuropa und Zentralasien. Mit der *MTS-Bank* hat die *Sistema* ihr eigenes Finanzinstitut. [2]

Jedes dieser Unternehmen ist fähig, einzelne Märkte zu dominieren. Als Monopole sind sie Erscheinung eines Herrschaftsverhältnisses. Teilweise sind die genannten Konzerne sogar weltweit führend.

Der Kapitalexport

Ein weiteres Merkmal des Imperialismus ist der Kapitalexport. Dazu Daten über international getätigte Direktinvestitionen im Ausland (Foreign Direct Investment, FDI bzw. deutsch ADI): 2013 hat Russland 95 Mrd. USD im Ausland investiert (in Mrd. USD: Deutschland 58, Großbritannien 19, Frankreich –2 also Kapitalabzug). Das war Platz 4 weltweit hinter den beiden imperialistischen Zentren USA und Japan und der VR China. Betrachtet man den FDI-Stock im Ausland, hinkt Russland zwar mit 500 Mrd. USD immer noch weit hinterher (USA 6350, Großbritannien 1880, Deutschland 1710, Frankreich 1640, Japan 990), aber Russland ist dabei aufzuholen. [3]

Der FDI-Stock ist ausschlaggebend für den Profit aus dem Kapitalexport. Profit wirft das gesamte, nicht nur das neu angelegte Kapital ab, wobei die Höhe natürlich auch von der Profitrate abhängt. Der FDI-Fluss ist aber keineswegs unbedeutend. Seine Höhe hängt wiederum von der Höhe des Profits ab. Der Profit ist es, der als Kapital exportiert, d. h. akkumuliert wird. Natürlich beeinflusst den FDI-Fluss auch, in wel-

chem Verhältnis Kapital exportiert oder aber im Inland angelegt wird.

Demnach lässt sich von einem hohen FDI-Fluss auf hohe Profite und hohe Kapitalakkumulation und/oder auf eine ausgeprägte Tendenz zum Rentnerstaat – d. h. zu Parasitismus und Fäulnis – schließen (soweit man kapitalistische Staaten betrachtet).

Russische FDI werden vor allem mit dem Ziel getätigt, kombinierte Werke (Wertschöpfungsketten) zu bilden und Rohstoffquellen und Absatzmärkte im Ausland zu erschließen, und zwar vor allem in den Branchen Energie, Metallurgie und Telekommunikation [4]. Die Konzentration auf eine Handvoll Branchen ist Ausdruck der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, die sich im Imperialismus verstärkt. Es ist ein Aspekt der Fäulnis, dass Kapital statt in unterentwickelte Wirtschaftszweige als Kapitalexport ins Ausland fließt, da es dort mehr Profit verspricht. [5]

Die Aufteilung der Welt

Mit dem Kapitalexport einher geht die Aufteilung der Welt unter den Monopolen und den Großmächten. Dass russische Unternehmen sich eine ökonomische Einflussosphäre in der Welt schaffen und geschaffen haben, ist bereits oben angesprochen worden. Der russische Staat ergänzt dies mit seiner Außenpolitik.

2000 wurde eine Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan) geschaffen, die zu einer Zollunion und einem gemeinsamen Wirtschaftsraum führen sollte. 2010 wurde diese Zollunion gegründet, zunächst zwischen Russland, Belarus und Kasachstan. Eine Arbeitsgruppe arbeitet am Beitritt Kirgistans in der nahen Zukunft. Die Kommission der Zollunion unter dem Vorsitz des ehemaligen russischen Ministers für Industrie und Handel, Viktor Christenko, verfügt über einen Apparat aus 800 vor allem russischen Mitarbeitern und umfassende Kompetenzen (nicht nur im Bereich der Zölle, sondern z. B. auch bei technischen Bestimmungen oder der Kartellaufsicht).

Bis 2015 soll die Zollunion zu einer Eurasischen Union mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, d. h. freiem Waren- und Kapitalverkehr und in

weiten Bereichen gemeinsamer Wirtschaftspolitik ausgebaut werden. Der russische Kommissionsvorsitzende sieht die EU – ein Instrument des deutschen Imperialismus – als Vorbild. Wer in der eurasischen Variante die dominierende Kraft wäre, ist klar. Die wirtschaftliche Übermacht ist nicht zu übersehen. 2013 war die Wirtschaftsleistung Russlands zehnmal so groß wie die Kasachstans und dreißigmal so groß wie die von Belarus.

Russland will zudem, dass sich die Union auch auf außen- und militärpolitische Fragen erstreckt, was aber bis auf Weiteres am Widerstand von Kasachstan und Belarus gescheitert ist. Dennoch ist Russland in diesem Bereich aktiv, etwa im Rahmen der OVKS – Organisation des Kollektiven Sicherheitsvertrags (Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan), wo es den Aufbau einer gemeinsamen Eingreiftruppe forciert.

Bekanntlich sollte auch die Ukraine der Zollunion beitreten. Die Ukraine ist aber nicht erst seit gestern wirtschaftlich mit der EU verbunden. Das Handelsvolumen mit der Zollunion ist zwar größer als das mit der EU, das liegt aber vor allem am Import russischen Erdgases. In vielen anderen Bereichen ist der Handel mit der EU wichtiger. Die Ukraine ist zudem Mitglied der GUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien), ein Gegenpol zur OVKS. Umso wichtiger ist es für Russland, seine Interessen in der Ukraine zu behaupten, um seinen Einfluss in der Region weiter zu festigen und auszubauen. [6]

Fazit

Die Fakten zeigen: Russland ist eine imperialistische Macht mit eigener Einflussosphäre, vor allem in der „GUS“. Es hinkt einerseits den anderen imperialistischen Hauptmächten hinterher, entwickelt sich andererseits aber schnell und baut seine ökonomische Stärke relativ gesehen weiter aus. Gerade deshalb wird es über kurz oder lang auch politisch entschieden auf seine Interessen pochen müssen.

Mit Blick auf die Ukraine sollten wir klar vor Augen haben, dass Russland zwar nicht der Aggressor ist, aber auch nicht aus friedliebenden oder antifaschistischen Motiven handelt, sondern aus eigenen imperialistischen Interes-

sen. Dass es aktuell im Kampf gegen die faschistische Gefahr in der Ukraine möglich sein mag, die zwischenimperialistischen Widersprüche zum eigenen Vorteil auszunutzen, ist der konkreten taktischen Situation geschuldet und birgt keine grundsätzliche und langfristige strategische Option für den antiimperialistischen Kampf. Diese Erkenntnis darf nicht in Vergessenheit geraten. Bei unserer Agitation in der Friedensbewegung muss allerdings weiterhin vor allem eines im Vordergrund stehen: der Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] W. I. Lenin, Werke Bd. 22, S. 211
- [2] www.gazprom.com,
www.basel.ru/en/,
www.sistema.com, jeweils mit Unterseiten
- [3] World Investment Report 2013 der UNCTAD, S. 205-212
- [4] russland analysen Nr. 187, Nr. 144
- [5] Das soll nicht heißen, dass russische FDI vor allem auf einer besonders starken Fäulnistendenz beruhen; das relativ starke BIP-Wachstum in Russland z. B. deutet auch auf hohe Akkumulation hin.
- [6] russland analysen Nr. 257, Nr. 237



Daniel Bratanovic und Sebastian Carlens

DER UKRAINE-KONFLIKT ALS EPOCHENZÄSUR*

Zur Herausbildung einer neuen Fraktion im deutschen Monopolkapital

Das Sperrfeuer der Desinformation, mit dem hiesige Medien in den letzten Wochen und Monaten den Denkapparat der Leute belegt haben, hat die Ursprünge des gegenwärtigen Ukraine-Konflikts vergessen gemacht – ganz zu schweigen davon, in welchen historischen und weltpolitischen Kontext die Angelegenheit angemessen einzuordnen wäre. Dabei markiert die Eskalation des Konfliktes um die Ukraine nicht weniger als den Beginn des Endes der nichtkriegerischen Neuverteilung Europas nach der Konterrevolution 1989–91. USA und EU halten den Faschismus als machtpolitische Option offenkundig wieder für nutzbar. Es handelt sich hierbei um eine Zäsur, auch weil Russland dem westlichen Streben nicht mehr tatenlos zusehen kann, ohne daran zu zerbrechen, während die westlichen imperialistischen Mächte kaum noch eine stabile und langfristige Strategie zustande bekommen – die zwischenimperialistischen Widersprüche eskalieren zusehends. Auch der deutsche Imperialismus bescheidet sich längst nicht mehr mit Brocken der Beute, die im Windschatten der USA abfallen, er agiert autonom und eigennützig. Ein Ausdruck dieses neuen Selbstbewusstseins ist die allmähliche Herausbildung einer neuen, hier als „eurasisch“ bezeichneten Kapitalfraktion.

Das „neue“ Russland im Fokus der Imperialisten

Seit über 20 Jahren betreibt die US-geführte NATO eine Politik der Umzingelung Russlands, hat trotz anderslautender Beteuerungen ihren Herrschaftsbereich beständig nach Osten verschoben und erwägt nun, in Polen und im Baltikum dauerhaft Truppen zu stationieren. Derweil hat eine deutschgeführte EU mit ihrer Osterweiterung die Grenzen Russlands erreicht und tangiert dessen Interessen unmittelbar. Eine Wiederauferstehung Russlands als ökonomische, politische, militärische Macht wollen beide Blöcke verhindern.

In der Ukraine ist die Grenze erreicht, an der Russland nicht mehr tatenlos zusehen konnte. Die Installation eines offen prowestlichen Regimes auf dem Putschwege, das sich faschistischer Mordbanden bedient und in die Tradition der Nazikollaborateure des Zweiten Weltkrieges stellt, konnte die herrschende Klasse Russlands nicht akzeptieren. Eine nationalistische und russenfeindliche Regierung zu Diensten der USA und/oder der EU sowie der damit zu erwartende Verlust der Krim (als seit rund 150 Jahren strategisch wichtiger Schwarzmeerhafen) hätte eine ganz neue Qualität des Rollback

russischer Interessen bedeutet. Deswegen ist der Territorialgewinn in Gestalt der Krim kein offensiver, sondern ein defensiver Akt gewesen, möglicherweise gar mit ökonomischen Verlusten für die neuen Herren behaftet.

Das jedoch sollte allerdings nicht vorschnell zu der Annahme verleiten, in der Ukraine sei der Faschismus bereits an der Macht. Seine Vertreter von Swoboda, Rechtem Sektor und anderen Gruppierungen nehmen die – mit Reinhard Opitz beinahe klassisch zu nennenden – Aufgaben der terroristischen Einschüchterung, der Hilfspolizei, der Straßenkampf- und der Bürgerkriegstätigkeit wahr. Das Regime in Kiew ist unzweifelhaft durch westliche Imperialisten, die selbst derzeit jedoch nicht faschistisch sind, eingesetzt. Wenn bereits von einem Faschismus an der Macht in der Ukraine gesprochen werden könnte, müsste zumindest ein Unterschied zwischen faschistischer Machtausübung in der Peripherie und in den Metropolen anerkannt werden: Letzterer dient der Vorbereitung und Durchführung eines imperialistischen Raubkriegs; im Falle der zertrümmerten und schwachen Ukraine sind die Ziele jedoch rein nach innen, auf Terror gegen Teile der eigenen Bevölkerung, gerichtet.



In der gegenwärtigen Phase besteht in der Frage des Antifaschismus für uns Interessengleichheit mit dem Vorgehen Russlands und dem der ukrainischen Antifaschisten. Russland ist das Land, das angegriffen wird, das dürfen Antimilitaristen und Antiimperialisten hierzulande nicht vergessen.

Wir gewinnen nichts, wenn wir uns an der „Entlarvung“ dieser Länder, die die Medien der Herrschenden tagtäglich (und manchmal sogar mit marxistischem Vokabular) vornehmen, beteiligen. In Anbetracht der Aggression der deutschen Bourgeoisie wäre das Heulen im Chor mit den „Menschenrechtlern“ von Grünen, Gesellschaft für bedrohte Völker oder *Bild* nichts weiter als Beteiligung an einer imperialistischen Intrige. Dies sagt jedoch noch nichts über den innenpolitischen Charakter der Russischen Föderation aus. Das Russland Putins ist kapitalistisch, es ist ein verhinderter Imperialismus in einer Defensivposition, das sich – aus der Situation der Umzingelung heraus – außenpolitisch oftmals objektiv antiimperialistisch verhält, dennoch aber eigene politökonomische Interessen verfolgt. Trotz nicht unerheblicher Diversifizierungsbemühungen in den letzten Jahren konzentriert sich die russische Wirtschaft noch immer auf die Ausbeutung primärer Rohstoffe, vornehmlich im Energiebereich. Diese Rentenökonomie ist mit der Staatsmacht weitgehend verschmolzen. Der Anteil am Welthandel ist vergleichsweise gering. Gleichwohl: Als kapitalistischer Staat betreibt Russland kapitalistische Außenpolitik und versucht, seine Einflussphären zu sichern. Es benötigt an seinen Grenzen Staaten, die dem eigenen Anspruch auf Teilhabe am Weltmarkt nicht im Wege stehen.

Eine politische Erklärung lieferte Putin bei der Einweihung eines Denkmals für die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs: „Im geistigen und moralischen Aufstieg unseres Volkes spielen auch heute die großartigen Werte der russischen Armee, die heldenhafte Erfahrung der Generation des Ersten Weltkriegs eine bedeutende Rolle. Sie durchschritten nicht nur lange die harten Erfahrungen des ersten globalen Weltkriegs, sondern auch die revolutionäre Umwälzung, den brudermörderischen Bürgerkrieg, der das Schicksal Russlands zerriss.“ Gegen die Bolschewiki gerichtet führte er

aus: „Aber dieser Sieg wurde unserem Land gestohlen. Gestohlen durch jene, die zur Niederlage des eigenen Vaterlandes und seiner Armee aufriefen, die innerhalb Russlands Zwietracht säten, an die Macht strebten und die nationalen Interessen verrieten.“ Die Rede drückt auf ideologischer Ebene aus, wo die herrschende Klasse Russlands, die nationale Bourgeoisie, anzusetzen gedenkt. Der Traditionsfaden des untergegangenen Zarismus, vielleicht auch des kurzlebigen Regimes unter Kerenski, wird nach 80 Jahren roter Betriebsunterbrechung nicht grundlos oder zufällig aufgenommen. Übereinstimmend mit ihren objektiven Interessen will die russische Bourgeoisie expandieren, Einflussphären errichten, Märkte erobern. Dass ihr dies nicht gelingt, hat mit den internationalen Kräfteverhältnissen zu tun und zwingt sie zum Lavieren.

Eskalation der zwischen-imperialistischen Widersprüche

Welcher Gestalt sind die internationalen Kräfteverhältnisse, die Russland klein halten? Es ist die Übereinstimmung der beiden maßgeblichen imperialistischen Blöcke – der USA und ihrer Vasallen und der von der BRD dominierten EU – in dieser einen Frage: Ein Wiederaufstieg Russlands in den elitären Zirkel der Großmächte ist nicht gewünscht, denn jeder Konkurrent kann nur zu Lasten der bereits etablierten Mächte aufsteigen. Russland soll nicht am Weltmarkt teilnehmen, es soll ganz zerlegt werden. Dementsprechend wurden die einst ideologisch begründeten internationalen Bündnissysteme umfunktioniert: Die NATO, einst in Konfrontation zu den Staaten des Warschauer Vertrages, wurde gegen das „neue Russland“ in Stellung gebracht und bis in ehemalige Sowjetrepubliken expandiert.

Hier allerdings enden die Gemeinsamkeiten des Westens, denn das Ziel entzweit die Verbündeten, je greifbarer es scheint. Die ökonomischen Interessen der USA und Deutsch-Europas unterscheiden sich auch im Falle Russlands. Während das deutsche Kapital sofort nach der Konterrevolution auf Kapitalexpert setzte und deshalb stark im russischen Markt vertreten ist, konzentrierten sich die USA auf die Aufrollung der Einflussphären, auf die „frei gewordenen“ internationalen Verbündeten der einstigen UdSSR auf allen

Kontinenten. Heutzutage ist amerikanisches Kapital in Russland fast gar nicht vertreten, deutsches umso stärker. Die Energieabhängigkeit Westeuropas von den russischen Gas- und Ölreserven tut ihr Übriges.

Daraus werfen sich zwei Fragen auf: Warum hält die BRD am Bündnis mit den USA fest, obwohl es im Falle Russlands ihren Interessen zu schaden scheint? Und: Warum eskalieren die USA den Konflikt mit Russland derart willentlich, obwohl dies einen engen Partner wie die BRD direkt trifft?

Mit der Konterrevolution 1989–91 haben sich alle internationalen Verhältnisse verschoben. Die unumstrittene westliche Führungsmacht, die USA, befand sich 1989 auf dem Zenit ihrer Macht, in einer einmaligen Position der Stärke. Gleichzeitig ging ihr das Instrument verloren, mit dem bislang alle anderen imperialistischen Mächte hinter sie geschart werden konnten: der Hass auf den gemeinsamen Feind, den Weltsozialismus. Nur unter dem Eindruck dieses mächtigen Gegners konnten die zwischenimperialistischen Widersprüche ein Vierteljahrhundert (auch das mehr schlecht als recht) unterdrückt werden. Nach 1989 mussten sie erneut aufbrechen. Doch der Weltimperialismus konnte nach Beseitigung der Sowjetunion nicht den Kalender um 70 Jahre zurückstellen – die Welt war eine andere geworden, die VR China entging der Konterrevolution, der Sieg über den deutschen Faschismus hatte den Sozialismus zum welthistorischen Faktor mit Nachwirkung gemacht, seine einstige Stärke war in Gestalt einer Armee übrig geblieben, nun unter neuen Herren: Ökonomisch wieder ein Zwerg, verfügt die russische Bourgeoisie über die Waffenschmieden, die Flugzeugindustrie und die Wasserstoffbomben einer Supermacht. Das ist historisch ohne Beispiel.

Die USA als „primus inter pares“ der Imperialisten machte nach dem Fall der UdSSR die erstarkende VR China als kommenden globalen Gegner aus, die amerikanische Strategie orientierte sich dementsprechend nach Osten: Diese „pivot to asia“ (Hinwendung nach Asien) überließ den Verbündeten in Europa gute Teile der postsowjetischen Beute. Mit dem Sieg über den Weltsozialismus begann der Abstieg der USA. Eine Reihe von Arrondierungs-

Rohstoff- und Vorfeldkriegen muss als gescheitert eingestuft werden; keinen der Kriege des neuen Jahrtausends konnten die USA im Sinne einer dauerhaften Unterwerfung und „Befriedung“ gewinnen. Das deutsche Kapital hat diesen Niedergang der Weltmacht ungerührt mit angesehen. Die letzte Supermacht ist dabei, zurückgestutzt zu werden, wenn auch in einer langen Zeitspanne, denn auch hier bleibt das Riesenarsenal des militärisch-industriellen Komplexes aus dem Kalten Krieg übrig. Der große Binnenmarkt verschafft den USA obendrein Spielraum; inwiefern die Anwendung der Technologie des Schieferöl-„Fracking“ eine Rohstoffunabhängigkeit auf längere Sicht schaffen kann, ist noch nicht absehbar.

Die Interessen des deutschen Imperialismus

Der epochale Einschnitt, den die Konterrevolution 1989 bedeutet, hat eine neue imperialistische Epoche eröffnet und erfordert schonungslose Analyse, insbesondere was die Verfasstheit unseres Hauptfeindes – der deutschen Bourgeoisie – anbelangt. Das imperialistische Deutschland konnte nach 1989 als einzige Großmacht sein Territorium direkt erweitern, die „neue“ BRD hat im Wesentlichen alle deutschen Ziele des Zweiten Weltkrieges realisiert: Vernichtung des Sozialismus und Dominanz über Europa, wenigstens bis fast zum Ural. Ein „europäischer Zollverein“, von dem seit Friedrich List über die deutschen Faschisten alle Vordenker des Kapitals nur träumen konnten. Ein Erbfeind Frankreich, der am Boden liegt. Doch auch bereits vor Entfesselung des Zweiten Weltkrieges dachten die Strategen nur an das Sprungbrett für den anstehenden Kampf um die Weltherrschaft, als Gegner machten sie die USA aus. An dieser geopolitischen Konstellation hat sich – trotz der „Pause“ zwischen 1945 und 1989 – nichts grundlegend geändert. Die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals, der beständige Zwang zur Expansion, treiben die deutsche Bourgeoisie erneut in Auseinandersetzungen (mit Gegnern, die vermutlich auch diesmal zu groß sind, um besiegt werden zu können – aber das hat sie noch nie gehindert!). Gleichzeitig bleiben gemeinsame Interessen mit den USA bestehen, vor allem gegen Russland und die VR China. Die viel gerühmte transatlantische Partnerschaft ist längst – selbst unter einer transat-

lantisch orientierten Fraktion des deutschen Kapitals – zu einer „Fall-zu-Fall“-Freundschaft degradiert: mit den USA, wenn es nutzt, ohne die USA, wenn es möglich ist, und gegen die USA, wenn es nötig wird.

Das US-Kapital hat darauf spezifisch reagiert und versucht, die deutsche Expansion einzudämmen, ohne die direkte Konfrontation zu suchen. Das amerikanische Unbehagen über den deutschen Zuwachs an Stärke äußert sich auch in einer unterschiedlichen Strategie gegenüber Russland. Beim Umsturz in der Ukraine rangen eine amerikanische und eine – von Außenminister Steinmeier formulierte – deutsche Strategie miteinander. Unter den ukrainischen Kollaborateuren gibt es US-Vasallen wie Julia Timoschenko und deutsche Marionetten wie den Boxer Klitschko, der dank *Bild* nun Bürgermeister Kiews ist. Affären wie das enthüllende Telefonat der US-Emissärin Victoria Nuland in der Ukraine, deren „Fuck the EU“ wohl von russischer Seite aufgefangen und postwendend veröffentlicht wurde, illustrieren dies. Die USA arbeiten zudem bereits daran, eine Art „zweite NATO“, diesmal unter Ausschluss der BRD, aus den Staaten Osteuropas zu formieren. Sie würde sich wie ein Gürtel zwischen Russland und Deutschland legen – und damit empfindliche Rohstoffrouten kappen. Es ist angezeigt, auch die aktuelle Auseinandersetzung mit Russland und die amerikanischen Maximalforderungen nach Wirtschaftssanktionen, die in zweiter Linie stets die BRD empfindlich treffen würden, unter diesen Aspekten zu betrachten.

Herausbildung einer „eurasischen“ Kapitalfraktion

Die transatlantische Bündnistreue, die Deutschland an der Seite der USA hält, ist keine Nibelungentreue und schon gar nicht einer fehlenden Souveränität Deutschlands gegenüber einem „großen Bruder“ geschuldet. Das Bündnis hält deswegen, weil es dem deutschen Kapital mehr Nutzen als Schaden bringt. Die herrschende Fraktion der Monopolbourgeoisie will nicht auf die Gewinne des transatlantischen Handels und die dadurch erreichbaren weltweiten Exportgebiete verzichten, Russland könnte all dies gar nicht ersetzen. Innerhalb der untereinander in Konkurrenz stehenden herrschenden Klasse der BRD

wirken diese Geschehnisse jedoch wie ein Katalysator auf die Herausbildung gegnerischer Fraktionen. Denn ein „Weiter so wie bisher“, ein Taktieren nach Ost und West, wird immer schwieriger – gleich gute Geschäftsbeziehungen zu Russland, der VR China und den USA zu unterhalten ist mittlerweile ein Ding der Unmöglichkeit, doch in all diesen Märkten ist bereits viel deutsches Kapital untergebracht. Zugespitzt könnte dies beispielsweise bedeuten: Ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) mit großen Gewinnen für bestimmte Monopole ist nur zu bekommen, wenn die Verschlechterung der Beziehungen zu Russland in Kauf genommen wird, unter der wiederum etliche andere – manchmal gar dieselben – Monopole zu leiden hätten.

Siemens-Konzernchef Joe Kaeser besuchte noch im März dieses Jahres Wladimir Putin und lobte die „vertrauensvolle Beziehung“: „Wir setzen auf eine langfristige Wertepartnerschaft.“ Das ist im Falle Siemens auch angezeigt: Heute beschäftigt der Konzern in Russland mehr als 3000 Mitarbeiter und erwirtschaftet ca. 2 Mrd. Euro Umsatz. Das deutsche Monopol ist andererseits auch in Amerika gut im Geschäft. Die Medizintechnik-Tochter Siemens Medical Solutions konnte sich – rein zufällig ebenfalls im März – einen Großauftrag des US-Verteidigungsministeriums sichern. Laut US-Ministerium hat das Geschäft ein Gesamtvolumen von bis zu 1,8 Mrd. Dollar. Einen Monat später gab Kaeser seinen Separatkurs gegenüber Russland auf und stimmte Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu. „Das Primat der Politik gilt“, gab er Ende April bekannt. Der nach Intervention durch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplatze Deal der Rüstungssparte von Rheinmetall über die Lieferung eines kompletten Gefechtsübungsstandes an Russland wurde dem Konzern vom ideellen Gesamtkapitalisten – dem Staat – noch einmal mit Steuergeld versüßt. Diese Beschwichtigungspolitik der auf Ausgleich zwischen den politisch-strategischen und ökonomischen Frontlinien bedachten Bundesregierung, Unterstützung ihres Russlandkurses gegen klingende Münze zu erkaufen, ist allerdings kaum beliebig fortzusetzen: So viel Kapital, wie im Falle eines Totalverlustes Russlands für die deutsche Bourgeoisie abgeschrieben werden müsste, ist aus dem Bundeshaushalt nicht zu erbringen.



Zu den Merkwürdigkeiten der Zeit gehört es, dass genau diese erheblichen Konflikte kaum ihren Weg in die Kommentarspalten der bürgerlichen Massenmedien finden, sondern hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden. Auch dies entspringt historischen Besonderheiten, vor allem der starken Kontrolle des transatlantisch orientierten Flügels der deutschen Bourgeoisie im Massenmediensektor (und zum Teil wohl auch des gewachsenen Einflusses amerikanischer Dienstleistungsunternehmen großer Zeitungen wie der Süddeutschen oder der FAZ treffen sich z. B. regelmäßig beim pro-amerikanischen Lobbyistenverein „Atlantik-Brücke“). Es gibt keine Zeitung, keinen Sender, nicht einmal einen „Thinktank“ von Format, der die erheblichen Interessen der auf Russland orientierten Teile des deutschen Monopolkapitals adäquat abbilden würde. Auch im politischen Überbau stehen die „prorussischen“ Vertreter des deutschen Kapitals weitgehend isoliert da, obwohl Bewegung erkennbar wird: Politische Grenzgänger und moderne „Inflationsheilige“, Hasardeure wie Jürgen Elsässer, aber auch Teile der kleineren Bourgeoisie, heute eher in der AfD als in der FDP organisiert, setzen darauf, dass sich eine Russland-freundliche Strategie innerhalb der herrschenden Klasse durchsetzen könnte. Es ist unerheblich, ob sie aus panslawistischer Sympathie, demagogischem Kalkül oder eigenem handfesten ökonomischen Interesse agieren. Ihre Projekte – wie der kurzzeitige Versuch, mit Hilfe von „neuen Montagsdemonstrationen“ eine radikal antim Amerikanische Stimmung auf die Straße zu bringen – tragen den Charakter von Testballons bei der Generie-

rung einer neuen Massenbasis. Adressat all dieser Bemühungen ist nicht der russische Präsident Putin, selbst wenn Geld aus Russland an diese Teile der deutschen Opposition fließen sollte. Nur wenn es nennenswerten Teilen des deutschen Kapitals opportunistisch erscheint, neue bürgerliche Bewegungen, Parteien und Massenmedien herauszubilden, wird dies geschehen.

Und die Kommunisten?

Die Etablierung einer Kapitalfraktion mit Interesse an Russland (und darüber hinaus an der VR China), an der Aufrechterhaltung eines geschäftsmäßigen Umgangs, vielleicht gar eines engeren Bündnisses mit diesen Mächten, ist im Gange. Diese könnte man als die „eurasische“ – im Gegensatz zur „transatlantisch“ orientierten – Fraktion bezeichnen. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis sich ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Netzwerk entwickelt hat. Aus Sicht der Kommunisten und der arbeitenden Klasse bietet die Herrschaft keiner dieser Fraktionen irgendwelche Vorteile, ist keine von ihnen für uns als Bündnispartner geeignet. Weder muss die imperialistische BRD irgendeine Souveränität zurückerlangen – dies ist ihr in den letzten 25 Jahren vollends geglückt, mehr noch: Sie raubt anderen Staaten selbst die Souveränität, beispielsweise durch das EU-Schuldenregime. Noch brächte uns eine Anlehnung der herrschenden Klasse an einen neuen „Partner“ Vorteile oder gar ein Wunderding unter imperialistischen Umständen, nämlich „die Sicherung des Friedens“. Der sich abzeichnende Konflikt mit den USA wird kommen, wenn das deutsche Ka-

pital im Bündnis keinen ausreichenden Nutzen mehr sieht oder das US-Kapital grundlegend umsteuert. Es ist nicht die Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte, dies zu forcieren oder herbeizusehnen. Frieden lässt sich nicht durch Abkehr von den USA und Hinwendung nach Russland erreichen, sondern nur durch Beseitigung der Triebfeder, die dem Kapitalismus innewohnt und die ihn – im Falle Deutschlands geprägt durch spezifische Entwicklungsbedingungen, vor allem die extreme Exportabhängigkeit – aggressiv und expansiv macht: dem Zwang zur Vermehrung des Kapitals und des Profits.

Vom Sturz des deutschen Imperialismus als konkretem und praktisch gewordenem Internationalismus sind wir weit entfernt. Selbst die Blockade von Rüstungstransporten steht außerhalb unserer Möglichkeiten. Es sind die Aufständischen im Donbass, die mit den Söldnern, Neonazis und Landsknechten auch der deutschen Bourgeoisie fertig werden müssen. Unter dem Eindruck dieser Umstände haben wir Strategie und Taktik zu beraten. Wir haben – nach Stand unserer Möglichkeiten – die herrschende Klasse anzugreifen, unseren Hauptfeind – den deutschen Imperialismus – ins Visier zu nehmen. Die Debatte zur Einschätzung Russlands oder der Ukraine bleibt – wenn dies nicht in Rechnung gestellt wird – eine theoretische Ersatzhandlung.

** Stark gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung des Originalbeitrags der Autoren, der auf der T&P-Website (www.theoriepraxis.wordpress.com) in voller Länge heruntergeladen werden kann.*



Klaus Blessing*

DDR-WIRTSCHAFT – EIN PLEITESYSTEM ODER EINE ALTERNATIVE?

Die Wirtschaft der DDR wird auch heute noch auf das Größte – auch aus „linken Positionen“ – verunglimpft: Mangelwirtschaft, unproduktiv, marode, pleite. Warum? Angesichts des eigenen Totalversagens grassiert die Angst vor der sozialistischen Alternative. Das ehrt uns. Gleichzeitig ist es erforderlich, immer wieder mit Tatsachen den

überwiegend groben und primitiven Verleumdungen entgegen zu wirken. Wirklich linke Kräfte, die eine bessere sozialistische Gesellschaft anstreben, haben den Schock der Niederlage des in Europa praktizierten Sozialismus bis heute nicht verwunden. Sie forschen weiter nach noch nicht entdeckten Ursachen des Scheiterns. Eine klare, tief-

greifende Analyse über die Ursachen fehlt jedoch. Das lähmt die Kräfte, um vorwärtsweisende Schlussfolgerungen zu ziehen. Auf ökonomischem Gebiet muss eine reale Darstellung der Ergebnisse zum Ausgangspunkt genommen werden.

Welche Ergebnisse hatte die DDR-Wirtschaft aufzuweisen?

Insgesamt wurden volkswirtschaftlich durchaus beeindruckende Ergebnisse in 40 Jahren wirtschaftlicher Tätigkeit erreicht: Die *DDR-Wirtschaft* entwickelte sich schneller als die der BRD. Im Jahre 1989 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner gegenüber 1950 in der BRD auf das 4,3-Fache, das der DDR (umgerechnet) auf das 6,2-Fache gestiegen. Das in der DDR als Maßstab wirtschaftlicher Tätigkeit verwendete produzierte Nationaleinkommen (NEK) stieg auf das 10-Fache. Der Rückstand in der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD wurde dadurch verringert. Zum Zeitpunkt des Anschlusses der DDR an die BRD im Jahre 1989 hatte die DDR einen *Anteil an der westdeutschen Arbeitsproduktivität* von 55 Prozent (vergleichbar in Euro und BIP umgerechnet), also einen Produktivitätsrückstand von noch 45 Prozent. Zu Beginn des Wettlaufs 1950 betrug der Rückstand 60 bis 70 Prozent. Es war gelungen aufzuholen. Ein Angleichen oder gar Überholen erwies sich als Illusion und politisch falsche Orientierung.

Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR wurde trotz intensiver Störmaßnahmen und *einseitiger* Belastungen der DDR-Wirtschaft erreicht. Durch einseitige Reparationszahlungen, Abwerbung und Abwanderung in Zeiten der offenen Grenze, innerdeutschen Handel, 1989/90 geraubtes Volkvermögen entzog der Westen dem Osten eine Wirtschaftskraft, die insgesamt einem Wertvolumen von über zwei Billionen DM entsprach. Dieser Ausbeutungsprozess wurde nach der *Wiedervereinigung* insbesondere durch Abwanderung von über drei Millionen Arbeitskräften weiter fortgesetzt. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung wurde durch die DDR eine Reihe international anerkannter wissenschaftlich-technischer *Spitzenleistungen* vollbracht. Im Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung erreichte die DDR 1989 im internationalen Vergleich ein *Produktivitätsniveau* von umgerechnet 12.700 Euro pro Kopf (die BRD 22.500 Euro pro Kopf). Damit reihte sich die DDR an 14. Stelle unter die führenden kapitalistischen Länder ein. Sie lag annähernd gleich auf mit Großbritannien und Italien und deutlich vor Spanien, Griechenland und Portugal.

Die DDR erlangte durch die ökonomische Entwicklung ein *Produktions- und Verbrauchsniveau* je Einwohner, das auf vielen Gebieten dem der BRD entsprach. In der Ernährung und dem Verbrauch von Alltagsgütern lag es vielfach über dem der BRD, bei technischen Konsumgütern in Quantität und Qualität darunter.

Die DDR hatte zum Zeitpunkt ihrer Angliederung 1989 keine *Auslandschulden*. Realen Schulden in kapitalistischen Ländern (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet – NSW) von 19,9 Milliarden Valuta-Mark standen Guthaben in sozialistischen Ländern (Sozialistisches Wirtschaftsgebiet – SW) umgerechnet von 23,3 Milliarden VM gegenüber. Die *innere Staatsverschuldung* der DDR war 1989 wesentlich geringer als die der BRD. Der damalige Bundesfinanzminister Waigel sprach im Deutschen Bundestag von einer DDR-Verschuldung von nur 13 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das entspricht der Auffassung von DDR-Ökonomen und ergibt umgerechnet maximal 1800 Euro je Kopf der Bevölkerung. Die BRD war bereits damals mit umgerechnet 8100 Euro je Kopf der Bevölkerung verschuldet. Heute beträgt die Staatsverschuldung über 83 Prozent und 25.000 Euro pro Kopf. Der DDR war es nicht möglich, sich wesentlich höher zu verschulden, da ein Eingriff des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank verheerende, das soziale und politische Gefüge zerstörende Folgen gehabt hätte.

Fragestellungen für Marxisten

Es trifft zu, dass Lehren aus einer sozialistischen Planwirtschaft im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft kaum zu ziehen sind. Reformistische Versuche dazu dienen nur dem Ziel, das Bestehende zu erhalten und zu festigen. Wie sieht das aber aus, wenn wir eine neue sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Ziel haben? Wenn wir anerkennen, dass eine sozialistische Gesellschaft etwas grundsätzlich anderes darstellt als die vom Profitstreben geprägte Welt des Kapitals, ist es natürlich unumgänglich, diese auch anders zu steuern und zu werten. Es führt deshalb am Ziel vorbei, dem Sozialismus vorzuwerfen, dass manches „unproduktiv“ und „ineffektiv“ war. Jawohl, das war es. Dafür war vieles sozial, und das kostet Aufwand.

Wir stehen also bei der Gestaltung einer künftigen Gesellschaft vor der Frage, wie einerseits die allein das menschliche Leben und Handeln bestimmende Dominanz von Geld und Profit durchbrochen, andererseits jedoch die Verschwendung von Ressourcen unterbunden wird.

Für die erste Stufe der kommunistischen Gesellschaft – den Sozialismus – wurde als Hauptaufgabe für die DDR die „immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse auf der Grundlage der höchsten Steigerung der Arbeitsproduktivität“ ins politische Zentrum gestellt. Das Ziel war, letztlich die BRD auf diesem Gebiet zu überholen. Das erwies sich als eine unrealistische und falsche Orientierung. Sozialistische Staaten sollten weder das Überbieten des Konsumtionsniveaus noch der Arbeitsproduktivität führender kapitalistischer Industriestaaten ins Zentrum stellen. Ein Sozialismus im 21. Jahrhundert, der erneut den Versuch unternehmen würde, den Konsumtionsfonds hochentwickelter kapitalistischer Länder und deren Niveau in der Arbeitsproduktivität übertreffen zu wollen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Dieser Versuch sollte überhaupt nicht nochmals unternommen werden. Ein erneuerter Sozialismus im 21. Jahrhundert muss eine andere Zielstellung bekommen. Mit dem von Linken favorisierten Zusatz „demokratisch“ ist der Unterschied nur unvollständig und noch nicht einmal treffend beschrieben.

Wir sollten mit einer *Neudefinition der Bedürfnisse des Menschen* beginnen, die nicht vorrangig auf den Überfluss materieller Güter abzielen können. Wir sollten den Menschen Ideale vermitteln, mit denen wir sie in die neue Gesellschaft mitnehmen können: Arbeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Zukunftssicherheit, Bewahrung der Natur, wirkliche Mitbestimmung. Natürlich gehört dazu auch ein Konsumtionsniveau, das allen Menschen eine menschenwürdige Existenz ermöglicht, aber eben keine die Umwelt zerstörende Verschwendungswirtschaft kapitalistischer Prägung.

Die *Steuerung der Wirtschaft* sollte durchaus nach einem makroökonomischen Plan erfolgen. Dieser kann nicht dirigistisch unter Ausschaltung der Eigenverantwortung der wirtschaftenden



Einheiten durch „Bilanzaufgaben“ umgesetzt werden. Im Rahmen von staatlichen Normativen ist die Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Wirtschaftseinheiten nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu fördern. Geldkategorien bleiben erhalten, spielen aber nicht die alleinige und dominierende Rolle. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als auf Grund realer Aufwandspreise auch in sozialistischen Betrieben den Gewinn als eine zentrale und wichtige Größe anzuerkennen. Wie soll sonst zu einem sparsamen Wirtschaften erzo-gen werden? Auch die Stimulierung der Leiter und Werk-tätigen kann und sollte davon abhängen, aber nicht alleiniges Bewertungskriterium darstellen.

Unverrückbar hat sich als Grundbedingung einer sozialistischen Entwicklung die Bewahrung eines hohen Anteils *gesellschaftlichen Eigentums* erwiesen. Die DDR wurde vorrangig, schnell und umfassend von einer sozialistischen in eine kapitalistische Gesellschaft verwandelt, indem das Volkseigentum geraubt und in Privateigentum überführt wurde. Dieser Prozess muss wieder umgekehrt werden. Vor dieser

Aussage drückt sich Die Linke. Formulierungen über die „Verfügungsgewalt“ und „Demokratisierung der Wirtschaft“ helfen da nicht weiter. Verfügen tut der, der besitzt. Die konkrete Ausgestaltung der sozialistischen Ökonomie wird wie kaum ein anderes Feld ein Gebiet sein, wo abhängig von den konkreten historischen Bedingungen Schritt für Schritt Erfahrungen gesammelt und umgesetzt werden.

Die sozialistische Zukunft

Weiterführende Gedanken dazu übersteigen den Rahmen dieses Artikels. Ich verweise auf die ersten Zeilen meines neuen Buches „Die sozialistische Zukunft – Kein Ende der Geschichte – Eine Streitschrift“: „Die Menschheit steckt in der Sackgasse. Getrieben von der unersättlichen Profitgier des Kapitals treibt sie dem Abgrund entgegen. Umweltkatastrophen zerstören den Lebensraum. Armut, Hunger, Krankheit vernichten täglich tausende Menschenleben. Kriege breiten sich auf dem Planeten aus. Finanzkrisen rauben Millionen Menschen die Existenz. Jedem denkenden Menschen müsste

klar werden: Ein ‚Weiter so‘ führt zum Absturz. Einige Wendungen und Bremsversuche reichen nicht, um diesen zu verhindern. Den Rückwärtsgang einlegen funktioniert nicht. Was die Menschheit benötigt, ist eine generelle, vorwärts weisende Richtungsänderung, einen neuen Weg. Objektiv haben die Widersprüche eine nie dagewesene Schärfe erreicht. Subjektiv sind nach einer aktuellen Umfrage der BBC weltweit nur elf Prozent der Befragten der Auffassung, dass der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form funktioniert. 70 Prozent der Befragten aus 24 Ländern wünschen sich eine ‚grundlegende Neuordnung des Wirtschaftssystems‘. Mit ‚Wünschen‘ verändern wir aber die Welt nicht. Dazu bedarf es eines realistischen gesellschaftlichen Ziels und einer einigenden Kraft.“

* Dr. Klaus Blessing, Vizepräsident des „Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände“ e.V.; in der DDR u. a. Staatssekretär des Ministeriums für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, sowie Leiter der Abteilung Maschinenbau und Metallurgie im ZK der SED.



Martina Dost

DDR – MEINE HEIMAT

Da war schon in meiner Jugend ein starkes Gefühl von Geborgenheit. Wie ich heute weiß, entstand es aus der Gewissheit: Ich werde meinen Platz im Leben finden. Im Mai 1953 wurde ich geboren. Ich liebte dieses Land, vor allem Thüringen, weil meine Großeltern dort lebten und sich viele schöne Kindheits- und Jugend-erlebnisse einprägten. Dazu gehörten die Wälder, meine Ferienarbeit im LPG-Kuhstall, die Tiere der Großeltern, das Malen-Lernen und die Freiheit, sich ohne Angst auf endlosen Wanderungen in einsamen Wäldern herumzutreiben, in Waldteichen zu schwimmen, zu malen oder zum Fasching zu gehen. Ebenso gern kehrte ich nach Berlin zurück, wo ich aufwuchs und bis 2002 lebte. Das war das Kontrastprogramm – die netten Geschäftsstraßen in unserer angeblichen Mangelwirtschaft mit Stoffläden und Buchhandlungen, die Kinos um die Ecke, gute Filme (sogar aus dem NSW), die Veranstaltungen im Palast der Republik, die Ausstellungen und

Theater, die ich mit Schulfreundinnen oder Eltern besuchte. Meine Familie wohnte in Köpenick, dicht an der Natur, an Seen, Feldern und Wäldern, von denen ich das Gefühl hatte, sie gehörten auch mir. So war es ja auch – Volkseigentum oder Genossenschaften.

Hinzu kam, dass ich gern zur Schule ging, mich mein Studium der Volkswirtschaft brennend interessierte und dass ich sehr gern arbeiten ging. Vor dem Studium saß ich als Lehrling in der Konfektionsindustrie in drei Schichten am Band, was eine äußerst stumpfsinnige Tätigkeit ist. Danach arbeitete ich als Ökonomin und später als Wirtschaftsjournalistin beim Rundfunk. Nach diesem Beruf suchte ich längere Zeit, es gab auch Arbeitsstellen, auf denen ich unterfordert war und mich langweilte. Das lag aber nicht an der „SED-Diktatur“, sondern eher an persönlichen Eigenschaften einiger Leiter. Die Praxis war nicht immer so, wie sie theoretisch

hätte sein können. Wir redeten zu Hause viel über Arbeit und Politik, und da mein Vater stellvertretender Minister war, bekam ich von strategischen Fehlentscheidungen in der Wirtschaft einiges mit. Das Studium, vor allem des „Kapitals“, prägte mich stark, was wissenschaftliches Denken und Klarheit einer Weltanschauung betrifft. Von zu Hause und in der Schule war ich so erzogen, dass man etwas Nützliches für die Gesellschaft tut. Die Arbeit kam im Leben an erster Stelle, vor dem Privaten und vor dem Hobby Malen. Das Gefühl des Gebrauchtwerdens, die Kollegialität untereinander, das Zusammengehörigkeitsgefühl beim gemeinsamen Lösen sinnvoller Aufgaben kann das Arbeiten auch schon vor dem Kommunismus zum ersten Lebensbedürfnis machen. Hier entwickelt sich der Mensch – charakterlich, menschlich und intellektuell – in einer Gesellschaft, in der die Arbeit allen dient. Wir wussten viel über unser Privatleben, stützten uns gegenseitig

bei Problemen. Wir waren ein Kollektiv, kein Team. Berufstätigkeit sicherte mein eigenes Einkommen und damit Unabhängigkeit vom Partner. Zumeist war ich alleinerziehend mit meiner Tochter, die geboren wurde, als ich 25 Jahre alt war. Es gab Jahre, wo ich als Mutter mit dem Gedanken spielte, nur halbtags zu arbeiten. Aber meine Arbeit wäre weniger interessant gewesen. Es gab ja die Großeltern, die einsprangen. Der Alltag war manchmal hart, ich kam abgespannt nach Hause. Aber ich wusch und bügelte z. B. niemals meine große Wäsche, das Dienstleistungskombinat war um die Ecke, ebenso Kindergarten und Schule, Poliklinik, Post, Kaufhalle, Studio „Bildende Kunst“ mit meinem Zeichenzirkel, Kinos. Ich schaffte es immer, an den Wochenenden mit meiner Tochter etwas Kindgemäßes zu unternehmen, zu schwimmen oder zu wandern oder in die Pilze zu gehen, zu malen und was Gutes zu kochen. Nur der Trabant wurde selten geputzt. Ich hatte viel innere Ruhe für meine Interessen. Welche Alleinerziehende kann heute zweimal im Jahr mit ihrem Kind in Urlaub fahren? Es gab für mich keine Sorgen, die gesellschaftlich bedingt waren.

Abgewickelt, arbeitslos ...

Nach der Wende wurde ich bald arbeitslos und wusste einfach nicht, wo ich mich bewerben sollte. An die gewandelten Ostmedien, die plötzlich die DDR schlecht machten, wollte ich mich nicht anpassen. Also durchlief ich den für ein paar Millionen üblichen Teufelskreis zwischen unzähligen, berufsfremden Bewerbungen, miesen Umschulungen und sinnfreien ABM-Stellen, die mit Hilfe der Arbeitsämter nur dem Träger Profit brachten. Lange war mir nicht klar, dass ich mit 38 Jahren bereits das Verfallsdatum einer Frau im Kapitalismus erreicht hatte. Somit war der schlimmste Verlust der eines sinnerfüllten Lebens schon in jungen Jahren mangels „Anschlussverwendung“. Die extreme psychische Belastung der Langzeitarbeitslosigkeit wird gesellschaftlich nicht ernst genommen. Eroberer beseitigen ja immer zuerst die Intelligenz, nur mussten sie uns nicht vergasen, es genügte, die finanzielle Existenzgrundlage unter einem Minimum zu halten, und uns so an den sozialen Rand zu drängen. Statt nützlicher Arbeit und Solidarität kam es allmählich zur sozialen Isolation.

Die transparenten, von Humanismus geprägten Gesetze der DDR wichen einer *Sozial-Gesetzgebung*, die spätestens seit Hartz-IV faschistische Züge trägt, die der Willkür der Beamten in den *Jobcentern* und sonstigen *sozialen* Ämtern Tür und Tor öffnet. Amtsmitarbeiter bestimmen über ABM und Umschulungen, knapsen stets Geld ab, obwohl der Regelsatz ohnehin zu gering ist. Arbeitslose dürfen keine anerkannten Abschlüsse an staatlichen Hoch- oder Fachschulen anstreben, dann entfällt die Unterstützung. Arbeitsämter erlauben Ortsabwesenheit oder auch nicht, sie bestimmen Wohnungsgrößen, legen möglichst viele Steine in den Weg. Nur eins haben sie in über 20 Jahren nie getan: mir eine Arbeit angeboten. Diese Politik wird von unseren Mitmenschen durchgesetzt. In meiner jetzigen Gegend sind die nicht mal aus dem Westen. Erstaunlich, wie lernfähig viele gewendete DDR-Bürger waren. „Wir setzen um!“ beschied mir unsere neue *Sozial-Amtscheffin* im Landratsamt Seelow, als ich mich 2013 über die 2010 mit den Stimmen der so genannten Linken beschlossene Kürzung der Unterkunftszuschüsse für Hartz-IV- und Wohngeldempfänger beschwerte. Soviel Dummheit braucht das Land. Der Kleinstadtklüngel bestimmt die Politik und versorgt sich selbst mit Arbeitsplätzen und Nebeneinkünften. Somit tauschte ich soziale Sicherheit und sorgenfreies Leben gegen Geldmangel und Amtsschikanen bis ans Lebensende. Denn auch an der Rente wird hinter meinem Rücken ständig geknappt. In der DDR hatte ich die Gesetze auf meiner Seite – heute tut nicht mal das Sozialgericht was für Leute wie mich.

... im fremden Land

Hinzu kam der Verlust der Heimat. Ich kam mir – vor allem in der ersten Jahren in der BRD – vor wie in der Emigration im eigenen Land. Auch jetzt fühle ich mich nur noch in meiner Wohnung und meinem kleinen Garten zu Hause. Der Adel hat seine Felder, Wälder, Seen und Herrensitze *zurückbekommen*, die LPGen sind aufgelöst, statt florierender Landwirtschaft herrscht Monokultur, Umweltzerstörung, Artensterben, Tierquälanstalten, keine Arbeit, Armut, wenige Reiche, kaum Kinder, keine Jugend, wenig Ärzte, kein Kino, keine Dorfläden, keine brauchbaren Verkehrsmittel, vergammelte Wege – die Region liegt in den letzten Zügen.

Und Berlin wird täglich mehr verschandelt, weil es Stadtplanung nicht gibt.

Meine Tochter, heute 35, hatte bisher mehr Glück: als Soziologin und staatlich anerkannte Erzieherin arbeitet sie in einem Berliner Kinderheim. Sie hat keine Angst vor Arbeitslosigkeit: Denn die Eltern der Kinder im Heim – ja, Heimkinder haben heute meist Eltern – sind um die Wende herum geboren und fast alle arbeitslos. Die systembedingten Probleme mit *sozial schwachen* Familien mehren sich. Doch sozial schwach sind andere: Die Demokratie der BRD spülte eine moralisch verkommene, sich selbst bereichernde, über dem Volk stehende, inkompetente Politikerkaste nach oben, mit Kriegstreibern an der Spitze, gegen die unser bemoostes Politbüro geradezu eine Ausgeburt an Intelligenz und Kompetenz war, und vor allem ging es in der DDR – bei allen Fehlern – um ein besseres Leben für alle Bürger und um Frieden. Die DDR vermittelte humanistische Werte und eine klare wissenschaftliche Weltanschauung. Wir haben sie nicht lebendig und überzeugend genug verbreitet. So kam es z. B. in meinem dörflichen Umfeld zu einem unerträglichen Eintrocknen von Hirnmasse, was zu Ausländerfeindlichkeit, Opportunismus und Hetze gegen die eigene Klasse führt („Arbeitslose in Zwangsarbeit stecken“). Etliche würden bedenkenlos in NATO-Kriege ziehen, wenn sie nicht zu alt wären.

Was bleibt als Lichtblick? Die *Linke* ist es nicht. Die ist bis an die (Seelower) Basis neoliberal und politisch ungebildet. Für die nach uns Gekommenen ist es noch schwerer, sich marxistisches Wissen anzueignen. Ich fand in der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde einen Platz unter Gleichgesinnten, in dem Arbeitskreis, der sich der Bewahrung von DDR-Kunst widmet. Es gibt von meinem Verein und befreundeten Organisationen viele kluge Bücher und Vorschläge zur Innen-, Außen- und Friedenspolitik – nur nimmt sie keiner der Verantwortlichen in Parteien und Regierung wahr. Der Zusammenbruch der sozialistischen Länder hat uns auf dem Weg zu einer lebenswerten Welt mindestens um Jahrzehnte zurückgeworfen. Aber wir haben wenigstens erfahren, dass es eine menschenwürdige Welt geben kann.



GERA – GEISTERSTADT TIEF IM OSTEN

*„Was ist hier gewesen?
Wo ist all das Leben?
Die Geisterstadt beginnt
hier tief im Osten!“*

Mit diesen Zeilen bringt es der Musiker Clueso kurz und knapp auf den Punkt, wohin die Konterrevolution auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geführt hat. Knapp 25 Jahre nach dem Ende des Sozialismus zeigt sich, was aus den von Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ geworden ist: Infolge der so genannten Wiedervereinigung ist in Ostdeutschland ein Schrumpfungsprozess in Gang gekommen, der in seinem Umfang erhebliche und bisweilen dramatische Folgen hat.

Im Folgenden soll am Beispiel der in Ostthüringen liegenden Stadt Gera aufgezeigt werden, welche Auswirkungen diese Entwicklung zu einer „Geisterstadt“ hat. Dabei sollen anhand konkreter Fakten die Verhältnisse während und nach den Zeiten der DDR kontrastiert werden. Denn an die vergangenen Zeiten erinnern hier heute nur noch die im Stadtbild sichtbaren – inzwischen tatsächlichen, aber im Wortsinn „blühenden“ – Industrieruinen.

Abwicklung der Großbetriebe

Gera war zu DDR-Zeiten eine bedeutende Bezirkshauptstadt mit einer hohen industriellen Dichte. In den Bereichen Bergbau, Textilindustrie, Werkzeugmaschinenbau, Elektronik und Feinmechanik/Optik gab es viele Großbetriebe und Kombinate, die das Stadtbild prägten. In einzelnen Betrieben waren bis zu 5000 ArbeiterInnen beschäftigt. Gera galt als das administrative Zentrum Ostthüringens. Betriebe wie der VEB Textilmaschinenbau stellten Produkte für mehr als 45 Länder her. Andere Großbetriebe, wie etwa der VEB Carl Zeiss Jena, waren mit ihrer Roboter- und Handhabetechnik für die gesamte DDR von großer Bedeutung.

Infolge der politisch motivierten Deindustrialisierung in Ostdeutschland kam es auch in Gera innerhalb von nur zwei Jahren, zur umfangreichen Abwicklung der Großbetriebe. Die

Stadt verlor somit innerhalb kürzester Zeit ihre hohe Bedeutung als Industriestandort. Sie ist heute zu fast 90 Prozent von Kleinunternehmen geprägt.

Arbeitslosigkeit

Zu DDR-Zeiten bestand mit dem verfassungsrechtlichen Grundrecht auf Arbeit eine fast 100-prozentige Vollbeschäftigung. Alle Jugendlichen erhielten eine Lehrstelle bzw. einen Studienplatz. In Gera sah das im Jahre 1984 wie folgt aus: Von den ca. 75.000 ArbeiterInnen hatten 86 Prozent eine Berufsausbildung, sieben Prozent einen Hochschul- und 64 Prozent einen Facharbeiterabschluss. [1]

Mit der Abwicklung der volkseigenen Betriebe und der völligen Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft sank in Gera die Zahl der ArbeiterInnen im industriellen Sektor von 30.000 auf 3000 [2]. Bis heute gehen die Beschäftigtenzahlen in diesem Bereich weiter zurück. Es stellte sich mit dem massiven Beschäftigungseinbruch eine bis dahin nicht gekannte Arbeitslosigkeit ein, die mittlerweile bei 15 bis 20 Prozent liegt. Dabei machen Langzeitarbeitslose 35 Prozent der Gesamtarbeitslosen aus. Einen weiteren Hinweis auf den sozialen Abstieg, den die Beschäftigten hinnehmen mussten, geben die Zahlen zur SGB-II-Quote. Im Jahre 2011 lag diese laut Arbeitsagentur bei 18 Prozent, d. h. fast jeder fünfte Einwohner war nach SGB II hilfsbedürftig. Die Zahl bei den unter 15-Jährigen lag sogar bei 30 Prozent [3]. Demnach muss fast jedes dritte Kind unter der Armutsgrenze leben.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Seit 1990 gehen die Zahlen der Sozialversicherungspflichtigen (SV) in Ostdeutschland kontinuierlich zurück. In Gera sanken die SV-Beschäftigten zwischen 2000 und 2011 um mehr als 17 Prozent. Dabei hat auch die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in Gera – wie in ganz Thüringen – stark abgenommen. Demgegenüber ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten kontinuierlich angestiegen [4]. Sie haben mit erheblichen

Lohneinbußen gegenüber Vollzeitbeschäftigten zu kämpfen. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten in Thüringen rund sechs Euro (ca. 32 Prozent) weniger Stundenlohn als in den alten Bundesländern. [5]

Insgesamt waren in Gera im Jahre 2012 46 Prozent aller Beschäftigten in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig [6]. Auch die Zahl der so genannten AufstockerInnen, die zumeist in Vollzeit arbeiten, deren Einkommen aber nicht ausreicht, um ihr Existenzminimum zu gewährleisten, ist in den letzten Jahren auf über 3100 angestiegen [7]. Nicht zu vergessen sind die geringfügig Beschäftigten, die im Durchschnitt mit 145 bis 290 Euro brutto auskommen müssen. In Gera gab es im Jahre 2011 schon über 7000 von ihnen. Insgesamt betrachtet hat sich in Gera seit 1990 eine umfassende Prekarisierung der Arbeitswelt herausgebildet, die schon heute und erst recht im Alter für die Betroffenen dramatische Auswirkungen hat.

Dramatische Bevölkerungsentwicklung

Gera stand im Jahre 1988 mit 135.000 EinwohnerInnen auf dem historischen Höhepunkt seiner Bevölkerungsentwicklung. Heute kaum noch vorzustellen: Damals bestand Wohnungsmangel. Ab 1972 setzte deshalb ein umfangreicher Wohnungsbau ein. Es entstanden Neubauten in Form von Plattenbauten in Lusan (1989: ca. 35.000 EinwohnerInnen) und Bieblach (ca. 17.000 EinwohnerInnen), die zu zwei Drittel mit Arbeiterfamilien belegt waren [8]. Bis 1990 war das Stadtbild von großen und teilweise neu entstandenen Betrieben und Wohngebieten sowie der abgeschlossenen Infrastruktur geprägt.

Diese Situation änderte sich nach dem Ende der DDR vollkommen. Gera verlor innerhalb von 20 Jahren 26 Prozent seiner EinwohnerInnen. Unter den 15- bis 25-Jährigen kam es sogar zu einem Rückgang von ca. 40 Prozent. Laut Zukunftsprognosen der Stadt werden 2030 nur noch 77.214 Menschen in Gera wohnen, was einen weiteren Rückgang von 22 Prozent darstellt.

Auch das Durchschnittsalter wird weiter ansteigen. Die zu DDR-Zeiten weitestgehend junge Stadtbevölkerung alterte auf durchschnittlich 48 Jahre im Jahre 2010 und wird im Jahre 2030 voraussichtlich bei 54 Jahren liegen [9]. Wo einst Jugendzentren, Sportanlagen und viele Schulen das Stadtbild prägten, sind es heute Senioreneinrichtungen. Die Einwohnerverluste führten dazu, dass die Stadt von einem enormen Wohnungsleerstand betroffen ist. So lag die Leerstandsquote im Jahre 2009 bei durchschnittlich 19 Prozent [10]. Der Wohnungsleerstand und die brachliegenden Flächen werden mit umfangreichen Abriss- und Rückbaumaßnahmen bekämpft. Allein in Lusan wurden bis 2012 insgesamt 3405 Wohneinheiten zurückgebaut. [11]

Ausbluten der Infrastruktur

Die (Groß-)Betriebe in Gera waren – wie in der gesamten DDR – nicht nur Arbeitsplatz, sondern sie hatten auch eine außerordentlich hohe Bedeutung für die Lebensgestaltung der Gesamtbevölkerung. Die sozialistischen Brigaden, Betriebsgruppen, Konfliktkommissionen usw. sorgten für eine Einbindung in das Kollektiv von ArbeiterInnen. Daneben waren die Betriebe für die Sozialpolitik der DDR enorm wichtig. Gemeinsam mit den Fachabteilungen der Städte und Gemeinden sorgten sie für ein subventioniertes Netz von Infrastruktureinrichtungen, die vom Gesundheitsbereich über den Kultur- und Freizeitsektor bis hin zum Bildungswesen reichten [12]. Dementsprechend waren auch Geras Stadtteile geprägt von vielfältigen schulischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Allein in Lusan gab es elf Schulen, 14 Kindereinrichtungen, drei Jugendclubs, zehn Turnhallen, eine Ambulanz, zwei Pflegeheime. [13]

Mit dem Verschwinden der Großbetriebe gingen die Betriebskollektive verloren, und große Teile der Infrastruktur verschwanden. In Gera wurden im Bildungsbereich zwischen 1995 und 2011 17 Schulen geschlossen [14]. Hatte die Stadt zu DDR-Zeiten aufgrund ihres Anwachsens noch Probleme damit, genügend Bildungseinrichtungen rechtzeitig auf- und auszubauen, sind die Probleme heute ganz andere: Schulen (vom Förderzentrum bis zum Gymnasium) und Wohnheime, in denen einst Tausende von jungen ArbeiterInnen

ausgebildet wurden, sollen abgerissen werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Blick auf die Bibliotheken: Von den einst 43 Bibliotheken zu DDR-Zeiten sind heute nur noch zwei übrig [15]. Auch die einst in der ganzen Stadt vorhandenen Jugendeinrichtungen wurden fast vollständig geschlossen. Nur mit großer Mühe konnte nach einer längeren Schließungsphase das Aus des letzten Jugendclubs im Stadtzentrum noch abgewendet werden [16]. Ebenfalls geschlossen wurden mehrere Schwimmhallen (einst für ArbeiterInnen kostenlos zugänglich) sowie das einzige Freizeitbad in der Stadt. Welche gefährlichen Folgen diese Entwicklung haben kann, zeigt sich schon daran, dass Neofaschisten hier ansetzen: Eigene Nazi-Läden und unterwanderte Sportvereine dienen dabei als „soziale Orte“, die gezielt auf (perspektivlose) Jugendliche ausgerichtet sind.

Der Pleitegeier über Gera

Seit Anfang des Jahres 2014 ist Gera aufgrund seiner sich zuspitzenden Finanzsituation bundesweit in den Medien. Die Flugbetriebsgesellschaft, die Geraer Stadtwerke und die Geraer Verkehrsbetriebe GmbH mussten im Juni Insolvenz anmelden. Es ist bundesweit die erste Pleite einer öffentlichen Verkehrsgesellschaft, die jetzt, wie große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge, in den Händen eines Insolvenzverwalters liegt. Hintergrund der Zahlungsunfähigkeit sind unter anderem die jährlich festgeschriebenen Garantiezahlungen für Konzerne, die an profitablen Bereichen der Stadtwerke beteiligt sind – wie etwa der französische Energiekonzern GDF Suez, dem jährlich 300.639 Euro zustehen. [17]

Die Stadt muss neben dem insolventen Stadtunternehmen derzeit auch noch mit dem eigenen in den letzten 20 Jahren immer weiter steigenden Schuldenstand von ca. 120 Mio. Euro umgehen. Die Kassen sind leer, und so hatte die derzeitige Oberbürgermeisterin im Jahre 2012 eine totale Haushaltssperre verhängt. Seitdem müssen alle Ausgaben ab 500 Euro von ihr selbst bewilligt werden. Nur mit Krediten und Liquiditätshilfen vom Land konnte bisher die Infrastruktur aufrecht erhalten werden [18]. Es stellt sich bei der sich weiter zuspitzenden Situation die Frage: Wie lange rollen die Busse und Straßenbahnen noch?

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Embersmann, H. (1987): Gera: Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin, S. 264
- [2] Frölich v. Bodelschwingh, F. / Hollbach-Grömig, B. / Reimann, B. (2010): Demografischer Wandel. Kommunale Erfahrungen + Handlungsansätze. Berlin, S. 28–33
- [3] Bundesagentur für Arbeit Altenburg-Gera (2012): Arbeitsmarktdossier für die Stadt Gera, S. 12
- [4] Thüringer Landesamt für Statistik, Kategorie: Arbeitsmarkt/Erwerbstätige für die Stadt Gera, www.tls.thueringen.de/datenbank/oertlich1.asp?auswahl=krs&nr=52
- [5] Kühn, W. (2009): Studie: Löhne in Thüringen. Erfurt, S. 13
- [6] Die Linke Stadtverband Gera (2013): 46,3 Prozent der Beschäftigten in Gera arbeiten zu Niedriglöhnen, [www.die-linke-gera.de/index.php?id=31899&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=49922&tx_ttnews\[backPid\]=31897](http://www.die-linke-gera.de/index.php?id=31899&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=49922&tx_ttnews[backPid]=31897).
- [7] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage verschiedener Abgeordneten der Linken, Drucksache 17/11503, Regionale Entwicklung atypischer Beschäftigung, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/119/1711968.pdf>, S. 30
- [8] Mestrup, H. (2004): Zur Geschichte des Bezirkes Gera (1952–1990), www.lzt-thueringen.de/files/geschichtebezirkgera.pdf, S. 3
- [9] Stadtverwaltung Gera (2011): Demografie-Steckbrief, www.serviceagentur-demografie.de/uploads/media/Steckbrief_Stadt_Gera_02.pdf
- [10] Thüringische Landeszeitung vom 27.03.2009: 19 Prozent Leerstand in Gera
- [11] Stadtverwaltung Gera (2012): Behördenwegweiser Gera. Fellbach, S. 91
- [12] Schäfer, U. (1996): Veränderungen in der wohnungsnahen Infrastruktur. In: Strubelt, Wendelin et al.: Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Opladen, S. 329
- [13] Stadtverwaltung Gera (2012): Behördenwegweiser Gera, S. 90
- [14] Thüringer Landesamt für Statistik, Kategorie: Bildung/Kultur für die Stadt Gera
- [15] Embersmann, H. (1987): Gera, S. 263
- [16] OTZ (2012): Stadt Gera zieht Schließung des C-One zurück, <http://gera.otz.de/web/lokal/kultur/detail/-/specific/Stadt-Gera-zieht-Schliessung-des-C-One-zurueck-537524077>
- [17] Zschächner, R. (2014): Gewinn trotz Verlust. In: jW vom 23./24.08.2014, S. 4
- [18] Bonath, S. (2014): Infrastruktur in Gefahr. In: jW vom 07.07.2014, S. 4



DER (UN-)AUFHALTSAME AUFSTIEG DER NAZIS AM BEISPIEL DORTMUND

Die ehemalige Industriestadt Dortmund, einst geprägt von Kohle und Stahl, mit ihren Belegschaften, die noch viel vom Arbeiterwiderstand in der Nazi-Zeit wussten und von den Opfern, deren letzte von ihren Mördern in der Bittermark verscharrt worden waren. Belegschaften, die in erbitterten Kämpfen die Zerschlagung der Montan-Betriebe zu verhindern suchten.

Heute ist Dortmund eine gespaltene Stadt. Der neoliberale Umbau mit Vernichtung zehntausender Arbeitsplätze, einem Heer von Billig-Jobbern und in „Beschäftigungsmaßnahmen“ gefangen auf der einen und Profiteuren des Umbaus auf der anderen Seite. Das hat das Gesicht der Stadt verändert. Während einige Stadtteile zu „Slums“ verkommen, siedeln Reiche und Schöne am Phoenixsee, der auf dem Gelände des geschleiften Oxygen-Stahlwerks „entwickelt“ wurde. Hoffnungslosigkeit in den abgehängten Wohnquartieren und Zukunftsängste in den Mittelschichten gebären Abwehr und Rassismus gegenüber Zuwanderern – Nährboden für die soziale Demagogie der Nazis.

Das Erstarken der Naziszene – ein Rückblick auf die letzten 30 Jahre

Während die NPD im Hintergrund die Strippen zog, schaffte es die faschistische Schlägertruppe „Borussenfront“ mit ihrem Frontmann Siegfried Borchardt in den 80er Jahren in die lokalen Schlagzeilen. Der rechte Mob bekam Verstärkung durch die FAP, zu deren Landesvorsitzender Borchardt avancierte. Stadtpolitik, Justiz und Polizei guckten zu, Widerstand wurde von den Hoesch-Belegschaften und ihren kommunistischen und sozialdemokratischen Betriebsräten und Jugendvertretern organisiert. Mit ihnen an der Spitze zogen Mitglieder antifaschistischer Bündnisse, Mitglieder von DKP/SDAJ und Sozialdemokraten vor das geplante Landesbüro der FAP und verhinderten seine Eröffnung. Wenig später wurden Borussenfront und FAP verboten.

In den frühen 90ern lag der Schwerpunkt der Dortmunder Nazis in der „Aufbauhilfe Ost“. In der verkauften DDR sahen sie fruchtbares Neuland für ihre Agitation.

Im Jahr 2000 waren sie zurück, und die Stadt sah sich mit einem ersten „nationalen Aufmarsch“ konfrontiert. Die Stadtspitze rief unter dem Logo „Aufstand der Anständigen“ zur Kundgebung mit Bratwurstessen auf, während aktive Nazigegner, unter ihnen viel Jugend, sich in den berüchtigten Dortmunder Polizeikesseln wiederfanden.

In diesem Jahr wurde das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ unter maßgeblicher Beteiligung von DKP- und SDAJ-GenossenInnen und VVN/BdA-KameradenInnen gegründet – es wurde ein „breites“ Bündnis, in dem neben KommunistenInnen und Linken aller Couleur auch DGB und Einzelgewerkschaften, SPD und Grüne, Stadtjugendring, Wohlfahrtsverbände und Kirchen zusammenkamen. Hätte dieses Bündnis Bestand gehabt, das Festsetzen der Nazi-Szene in Dortmund wäre wohl verhindert worden. Aber die rechts-sozialdemokratischen Kräfte, auch in den Gewerkschaften, die Grünen und die kirchlichen Vertreter hielten den viele Impulse setzenden Einfluss der KommunistenInnen nicht aus, insbesondere nicht ihr Bestehen auf antimilitaristischen und antikapitalistischen Positionen. Sie spalteten sich 2003 als „Arbeitskreis gegen Rechts-extremismus“ ab und versuchten das Bündnis als „linksextremistisch“ zu diffamieren.

Die Schwäche der gespaltenen Gegenwehr erkennend, zogen Neonazis aus dem Umland zu und nisteten sich in einem besonders verarmten Stadtteil ein. Nazi-Wohngemeinschaften entstanden und auch der erste Nazi-Laden, der zum regionalen Treffpunkt avancierte und von dem aus der Terror gegenüber Migrantinnen und Linken organisiert wurde.

„Hochburg der Neonazis“ oder „Stadt des Widerstands“?

Außer jährlichen Aufmärschen zum Antikriegstag und am 1. Mai verübten die Nazis zahlreiche Überfälle und Anschläge bis hin zu fünf Morden, von denen einer dem NSU zuzurechnen und nicht ohne Kontakte zur Dortmunder Szene denkbar war – die Stadt hat das lange verharmlost und beschwiegen, bis ihr „guter Ruf als weltoffene Stadt“ ernsthaft in Gefahr war. Rat und Verwaltung der Stadt richteten eine „Koordinierungsstelle für Demokratie, Vielfalt und Toleranz – gegen Rechts-extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ein und erarbeiteten einen „Aktionsplan gegen Rechts“ mit Maßnahmen zur Verbesserung der Jugendbildungsarbeit und zur Unterstützung von Projekten gegen Rechts. Seither nennt man sich selbstzufrieden „Stadt des Widerstands“, ungeachtet der Realität, dass die verbotenen „Kameradschaften“ jetzt unter der Tarnkappe „Partei Die Rechte“ agieren und mit einem Vertreter in den Rat und in vier Bezirksvertretungen eingezogen sind. Die derzeitigen Verhältnisse spiegeln am deutlichsten der Abend der Kommunalwahl wider, an dem die rechte Schlägerbande sich ins Rathaus prügeln wollte, was nur durch beherzten zivilen Widerstand abgewehrt werden konnte.

Aspekte antifaschistischer Öffentlichkeitsarbeit und Gegenwehr

Wir unterstützen die Kampagne der VVN/BdA zum NPD-Verbot. Außerdem hat das Bündnis Dortmund gegen Rechts eine Unterschriftenaktion zum Verbot der Partei „Die Rechte“ initiiert. Wir sind der Auffassung, dass wir verpflichtet bleiben, die antifaschistischen Elemente des Grundgesetzes hervorzuheben, die auf dem Potsdamer Abkommen fußen. Danach sind alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP zu verbieten. Diese Forderungen nach dem Verbot neofaschistischer Parteien und Organisationen sind umstritten, sowohl von Rechts wie von Links. Von den Au-

tonomen z. B. kommt die Kritik, dass sie sich an Institutionen eines Staates richten, der selbst die Option des Faschismus in sich trägt. Von eher bürgerlichen Demokraten kommt die oft geäußerte Ansicht, „die“ hätten in einer Demokratie doch auch ein Recht auf ihre Meinung, was wir mit dem Hinweis auf die antifaschistischen Bestimmungen im Grundgesetz widerlegen.

Dass ein Verbot den Neofaschisten nicht nur die parlamentarische Plattform entzieht, sondern auch erhebliche finanzielle Zuwendungen und damit nicht nur einen Imageverlust, sondern eine Schädigung des gesamten braunen Netzwerks bedeutet, leuchtet meistens ein. Dem Argument, dass Verbote nichts nützen, weil zum Beispiel die verbotenen Kameradschaften unter neuem Label wieder auftauchen, ist zu entgegnen: Unsere Forderung ist das Verbot aller Nazi-Parteien und Organisationen, und die Partei „Die Rechte“ hätte erst gar nicht zugelassen werden dürfen. Natürlich hat dieser Staat kein Interesse daran, Organisationen der Nazis ganz auszuschalten – auch darauf hinzuweisen ist wichtig und kann über den Klassencharakter des Staates aufklären.

Antifaschistische Kultur im öffentlichen Raum spielt in der Debatte linker Antifas kaum eine Rolle, zu Unrecht, war doch die Kultur des Widerstands eine lebenserhaltende Kraft gegen die Barbarei der Hitlerfaschisten. Wir setzen mit Konzerten, Filmen und Lesungen und politisch-kulturellen Aktionen im öffentlichen Raum Schwerpunkte. Verhüllen von Kriegerdenkmälern, Installieren eines mobilen Denkmals für Deserteure, eine Bild-, Ton- und Textcollage – die „Scherbenspur“ – zum 9. November, sind Beispiele antifaschistischer Kulturarbeit, die insbesondere Jugendlichen ermöglicht, selbst agierend und lernend politisches Bewusstsein zu entwickeln. Neben dem notwendigen Agieren gegen Nazi-Provokationen haben deshalb eigene Aktionen in unserer Arbeit einen hohen Stellenwert.

Obwohl es in den vielen Jahren der antifaschistischen Gegenwehr weder an Zivilcourage noch an Kreativität mangelte – in Dortmund gab es bereits ab 2003 Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams – stand der gespaltene Widerstand einem dauerhaf-

ten Erfolg der NazigegnerInnen im Wege. Erfolgreiche Massenblockaden in anderen Städten gaben neue Impulse, die Barrieren zu überwinden. Mit „BlockaDO“ gründete sich ein Bündnis, dessen Ein-Punkt-Programm sich bereits im Namen manifestiert. Es ist der Versuch, antifaschistische Organisationen sehr unterschiedlichen Bewusstseinsstands – bürgerlich-staatsgläubige, kapitalismuskritische, autonome Gruppen mit zum Teil antideutschen Tönen u. a. m. – zusammenzuführen. Diesem Ziel zuliebe hält das neue Bündnis seine Mitgliedsorganisationen dazu an, bei den Aktionen keine Transparente und Fahnen von Parteien, Gewerkschaften und Jugendorganisationen zu zeigen. Ein Moment der Entpolitisierung?

Inzwischen hat BlockaDO zweimal hunderte meist junge Menschen zu stundenlangen Blockaden motivieren können, die den Raum der Nazis empfindlich beschnitten haben. Trotz der Öffnung von BlockaDO stehen hier aber vor allem SPD, DGB und Kirchen in „unheiliger Verbundenheit“ noch im Abseits. Ob sie die alte Spaltung weiter aufrechterhalten, bleibt vorerst offen.

Bündnisse eingehen – mit wem?

Wir Dortmunder KommunistenInnen haben antifaschistische wie antimilitaristische Arbeit immer als Bündnisarbeit verstanden und haben in ihnen auch eine prägende Rolle gespielt. Aber sowohl die Bündnisse als auch die Rolle der Kommunisten in ihnen haben sich verändert. Bis Ende der 80er Jahre spielten Gewerkschaftsvertreter und ArbeiterInnen aus Großbetrieben, aber auch WissenschaftlerInnen eines sich fortschrittlich und links verstehenden Hochschulwesens eine zentrale Rolle. Da waren KommunistenInnen mit ihren Erfahrungen zum Teil noch aus dem Widerstand geschätzte Bündnispartner. Diese komfortable Rolle haben wir nicht mehr. Viele erfahrene GenossenInnen leben nicht mehr, und die Partei ist auf ein Zehntel geschrumpft. Das schränkt unsere Rolle in Bündnissen erheblich ein. Aber auch die Bündnisse haben sich geändert. Das Gros, oft die Meinungsmacher, hat mit dem Kapitalismus seinen Frieden geschlossen und versteht Neofaschismus als Ausrutscher einer ansonsten doch im Ganzen funktionierenden Demokratie. Auch die Militarisierung von Politik und Gesellschaft spielt eine Rolle, die völlige

Umkehr der Begrifflichkeiten: Krieg ist Frieden, Kampfeinsätze sind friedensstiftende Maßnahmen usw. Auch Antikommunismus und Totalitarismus-Ideologie haben Konjunktur. Wenige antifaschistische Organisationen wie die VVN/BdA, das Bündnis Dortmund gegen Rechts und das Bündnis Dortmund stellt sich quer, halten und verteidigen weiterhin linke Positionen.

Selbstverständlich gehen wir punktuell Bündnisse zum Beispiel mit der städtischen „Koordinierungsstelle“ ein, 1. um dort unsere Positionen einzubringen und 2. um zum Beispiel einem Antifa-Konzert mit Esther Bejarano und „Microphone Mafia“ einen angemessenen Rahmen zu geben. Mit ihrer finanziellen und logistischen Unterstützung konnte unsere Veranstaltung in der größten Kirche der Stadt stattfinden und hunderte BesucherInnen anziehen, zu denen auch der Oberbürgermeister und die DGB-Vorsitzende gehörten. Auch der Einladung des DGB, bei seiner jährlichen Friedenswoche zum Antikriegstag einen Tag programmatisch zu gestalten, kommen wir mit antifaschistischen, antimilitaristischen Beiträgen nach. Es ist unabdingbar, die Gewerkschaften – bei aller Kritik an ihrem sozialpartnerschaftlichen Kurs – in ihren grundsätzlichen Aussagen zum Kampf gegen Krieg und Faschismus beim Wort zu nehmen.

Faschismus und Krieg in Europa wieder denkbar?

Das öffentliche Posieren des deutschen Außenministers mit einem Faschisten und die Anerkennung der mit Faschisten durchsetzten Putsch-Regierung in Kiew war ein ähnlicher Dammbbruch deutscher Politik wie die Aussage des ehemaligen Kanzlers, er freue sich über die „Enttabuisierung des Militärischen“. Seit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien und allem was folgte, ist Deutschland wieder Kriegspartei.

Ist mit dem Ritterschlag für Faschisten auch auf diesem Gebiet ein Paradigmenwechsel eingeleitet? Faschismus wieder als denkbare Herrschaftsform und Krieg als Herrschaftsinstrument? Auf diese Gefahr aufmerksam zu machen und vielfältigen und starken Widerstand zu organisieren, steht als Aufgabe für heute und morgen.



ARBEITERKLASSE UND FASCHISMUS

Lenin beschrieb zwei unterschiedliche Methoden des Regierens im Imperialismus, die der Gewalt, d. h. Ablehnung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, und die Methode des Betrugs, des Liberalismus [1]. Der Kampf um den Maximalprofit führt immer wieder zur Methode der Gewalt, und der Weltkrieg trug dazu bei, dass auch eine entsprechende Ideologie entstand, eine neue „Ideologie der Brutalität, des Chauvinismus und des Mordes als Mittel der Politik“. [2]

Auf der anderen Seite stellte der erfolgreiche Kampf um das allgemeine Wahlrecht durch die Arbeiterbewegung die Bourgeoisie vor ein Problem: Wie konnte sie es bewerkstelligen, dass die Wähler ihre eigenen Ausbeuter wählen? So erkannten die „modernen“ Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie – vorwiegend in den damals neuen Industriezweigen Elektro- und Chemieindustrie – und ihre Ideologen und politischen Interessenvertreter, „dass die Abstützung der kapitalistischen Ordnung lediglich durch das Bürger- und Kleinbürgertum nicht länger ausreichte, dass man sich vielmehr auch um eine Massenbasis in der Arbeiterklasse bemühen musste“. [3]

Die herrschende Klasse suchte nach Methoden und Mitteln, breite Kreise der Arbeiter zu gewinnen, ohne jedoch ihren Wunsch nach Zerschlagung der Arbeiterbewegung aufzugeben. „Zur Lösung einer solchen Doppelaufgabe war jedoch keine der vorhandenen Organisationen auf der politischen Rechten geeignet. Dieser Umstand rief das Bedürfnis nach einer neuen Organisation hervor, die fähig sein würde, diese Doppelaufgabe zu lösen.“ Diese entstand aus der Konkurrenz zwischen verschiedenen reaktionären Organisationen, die ihre Nützlichkeit für das Kapital unter Beweis zu stellen hatten: „Die faschistische Partei wurde nicht erfunden [...], sondern sie] entstand in einem Ausleseprozess“. [4]

Die Arbeiterklasse blieb nahezu resistent gegenüber den faschistischen Ideen: Sie wählte die Partei Hitlers nicht, und bei der Mitgliedschaft der

NSDAP war sie unterrepräsentiert [5]. Dennoch war es nicht die Furcht vor der Revolution, die die Bourgeoisie zur Beseitigung der bürgerlichen Demokratie und zur Installation einer anderen Staatsform, der offenen Gewaltherrschaft, führte, sondern erneut die Aggressivität des Imperialismus, die sein Ziel der Weltherrschaft erforderte. „Der Faschismus ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, dass das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Russland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat“, urteilte schon Clara Zetkin im Jahre 1923. [6]

Nährboden Kapitalismus

Für die Gewinnung breiter Massen ist nicht in erster Linie die faschistische Propaganda entscheidend, sondern es sind die objektiven Verhältnisse des Kapitalismus. Werden die Zugeständnisse der Bourgeoisie überbewertet und der Klassengegensatz nicht mehr als antagonistisch, sondern als versöhnlich betrachtet, schlägt dies auf die Arbeiterklasse zurück. Als Beispiel sei die oben erwähnte Erringung des allgemeinen Wahlrechts genannt, das nicht allein der Bourgeoisie Kopfzerbrechen bereitete. Auch für den revolutionären Flügel der Sozialdemokratie ergab sich daraus die Schwierigkeit, den Glauben zu widerlegen, dass mit immer größeren Wahlerfolgen die Macht im Staat zu erringen sei. Der schließlich überhandnehmende Revisionismus in der Sozialdemokratie arbeitete dem Klassengegner in die Hände, sodass die Befriedung der Arbeiterklasse auch von dieser Seite erfolgte.

Die Gründung der kommunistischen Partei führte zu Marx zurück. Die revisionistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung verhinderten jedoch, dass in ihr die Vereinigung der gesamten Klasse erfolgte. Die Folge war die Spaltung der Arbeiterbewegung, die es verhinderte, dass sie sich gemeinsam der Errichtung der faschistischen Gewaltherrschaft in den Weg stellte. Die folgende Ausschaltung der Arbeiterbe-

wegung als Zentrum des Widerstands war die Voraussetzung für die totale faschistische Herrschaft, für die Kriegsvorbereitung. Sie bekam als erste und am brutalsten den Terror zu spüren, nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokratie, die nun als soziale Hauptstütze des Kapitals abseviert wurde. [7]

Opitz brachte diesen Aspekt in seiner Faschismus-Definition zum Ausdruck: „*Faschismus ist die Zerschlagung und Illegalisierung sämtlicher den Interessen des Monopolkapitals entgegengerichteter politischer Organisationen*, stets und in erster Linie der Organisationen der Arbeiterbewegung [...]“. [8]

Es war die vernichtende Niederlage, die die Kommunisten zur schonungslosen Untersuchung des Wesens des Faschismus veranlasste: „Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, wie die Komintern (KI) bereits 1933 analysierte. Diese Definition wurde durch Dimitroffs Rede auf dem VII. Weltkongress weltweit bekannt und ist seitdem mit seinem Namen verknüpft. Sie war geprägt von der Erfahrung des deutschen Faschismus, wobei schon Dimitroff darauf hinwies, dass der Faschismus verschiedene Formen annehmen kann. [9]

Im Gegensatz zu Faschismus-Definitionen, die das Wesen des Faschismus z. B. als kleinbürgerliche Protestbewegung bezeichneten, ging die KI vom Klassencharakter des Faschismus aus. Darin liegt die Bedeutung und Gültigkeit der Definition. Es ging und geht um das Erkennen der inneren Zusammenhänge: Weder sind „Schlafwandler“ in den Ersten Weltkrieg getaumelt, noch war Hitler ein Verrückter: „*Dieser deutsche Faschismus aber war älter als das 12-jährige NS-Regime oder auch die nationalsozialistische Bewegung. Er hatte eine in Deutschland bis in die Anfänge des Jahrhunderts und sogar noch weiter zurückreichende [...] Geschichte. Er hatte bereits in den Ersten Weltkrieg geführt. Der deutsche Faschismus war*

selbst aus ihm hervorgegangen und war seiner gesamten Entstehungsgeschichte und allen seinen Strukturen nach nichts anderes als nur seine konzentrierteste, seine bis auf die Staats- und Volksorganisation durchschlagende Anstrengung. Er war die organisatorisch und ideologisch totale Mobilisierung und Zwangserziehung eines ganzen Volkes für den Raumeroberungskrieg und für die mit und nach ihm voraus erwartete Daueraufgabe der Sicherung – ‚ewigen‘ Beherrschung – der eroberten riesigen Räume.“ Judenvernichtung und alles, „was das Wort ‚Unrechtsregime‘ in sich umschließt [waren] nur ein jeweils praktischer Verwirklichungs- und Umsetzungsaspekt dieser Mobilisierung für ein auf ewig im Innern ‚feindfrei‘ zu haltendes deutsches Weltreich.“ [10]

Faschistische Gefahr heute

Es ist nachvollziehbar, dass selbst in der kommunistischen Bewegung nach 1945 die Bedeutung der faschistischen Gefahr umstritten war, die Neonazis galten als „Ewiggestrige“. Ihre Wahlerfolge waren nur vorübergehend, z. B. 1969 der Großen Koalition geschuldet. Dass sie erneut große Massen mobilisieren könnten, schien ausgeschlossen. Doch der deutsche Imperialismus ging daran, seine Niederlage zu revidieren: Diese Politik entwickelte sich vom Bruch der Abkommen von Jalta und Potsdam bis hin zur so genannten *Wiedervereinigung*. Dieser Erfolgskurs des deutschen Imperialismus führte zu der bis heute verbreiteten Annahme, das Monopolkapital brauche den Faschismus nicht mehr. Schließlich war es ihm gelungen, auf „friedlichem Wege“ zu erreichen, was er in zwei Weltkriegen nicht erreicht hatte.

Die herrschende Klasse setzt bisher nicht auf eine faschistische Massenpartei, sie baut aber vor für eine Situation, „wenn es in der Wirtschaft hagelt“, wie es der damalige Innenminister Lücke (CDU) zur Begründung der Notstandsgesetze auf den Punkt brachte. D. h., wenn die Verwertungsbedingungen des Kapitals sich grundlegend verschlechtern sollten, muss ein „Reservepotenzial“ (Opitz) zur Durchsetzung der strategischen Hauptinteressen bereit stehen. Die Herrschenden wissen besser als die Arbeiterklasse, dass die Krise nicht vorbei ist.

Die Hauptgefahr sind momentan nicht die offen faschistischen Umtriebe, auch wenn sie zunehmen und bekämpft werden müssen, sondern der reaktionäre Umbau des Staatsapparats, mit dem die Bourgeoisie sich gegen mögliche soziale Unruhen wappnet [11]. Und weiter sind es die Versuche zur Etablierung einer antidemokratischen Massenbasis durch reaktionäre Parteien wie die AfD, die immer mehr faschistische Funktionen übernimmt und einen entsprechenden politischen Anpassungsdruck auf die CDU und CSU ausübt [12]. Und da zu erwarten ist, dass sich die ökonomischen Krisen, auf der Basis der allgemeinen Krise des Kapitalismus, weiter verschärfen werden, wird nicht nur die soziale Frage noch mehr an Brisanz gewinnen, auch die Widersprüche zwischen den Imperialisten werden sich vertiefen. Dann kann ein faschistisches Regime erneut eine Option für das Finanzkapital sein, auch wenn es als Herrschaftsform die bürgerliche Demokratie bevorzugt. Notwendig kann die faschistische Herrschaftsform für die Bourgeoisie z. B. bei der Kriegsvorbereitung werden. Ein aktueller Blick auf die Ukraine zeigt, wie im Interesse des Expansionismus skrupellos die dortigen Faschisten gefördert und bedient werden – und kurzfristige Nachteile für einzelne Kapitalfraktionen entstehen, die hinter dem imperialistischen Gesamtinteresse zurückstehen müssen.

Arbeiter, vereinigt euch

Konsens in der Arbeiterbewegung war die Einsicht, dass ihre Spaltung den Sieg des Faschismus möglich gemacht hatte. Sie muss überwunden werden. Das stellte sich die Kommunistische Internationale (KI) zur vordersten Aufgabe durch die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterbewegung. „Die KI stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, dass die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet.“ [13]

Die Einheit der Arbeiterklasse ist zwar eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung für die Abwehr des Faschismus. Dimitroff hatte als weitere Ursache für seinen Sieg genannt, dass die Arbeiterklasse von ihren Bündnispartnern isoliert war, und damit die

Notwendigkeit der Volksfront betont. Diese hat ihre Grundlage in der Tatsache, dass nicht nur die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung durch den Faschismus droht, sondern, wie Opitz im obigen Zitat fortführt, auch „der mit ihnen in wesentlichen Inhalten übereinstimmenden *demokratischen* – anderen politischen Organisationen. Damit notwendig aber auch der bisherigen, wie immer verzerrten Staats- und Verfassungsordnung des Typus *des bürgerlich-parlamentarischen Parteienstaats* überhaupt“ [14]. Ein Bündnis mit allen nichtmonopolistischen Zwischenschichten ist also möglich. Die damals größte, die Klasse der mittleren und armen Bauern, ist heute unbedeutend geworden. Aktuell bedeutsam sind hingegen große Teile der lohnabhängigen Mittelschichten und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, soweit sie nicht bereits, im Rahmen ihres vielzitierten „Absturzes“, objektiv dem Proletariat zuzurechnen sind.

Geblieden von Dimitroffs damaliger Analyse ist eine Verballhornung. Aus der Volksfront zur Abwehr des Faschismus wurde die Forderung nach „breiten Bündnissen“. Selbstverständlich ist es richtig, dass einem aufkommenden Faschismus nur mit einer breiten Massenmobilisierung entgegengetreten werden kann, dass es der Gewinnung der Zwischenschichten bedarf. Was dabei unter den Tisch fällt, ist, dass der Kern der Volksfront die Einheitsfront sein muss, dass sich die Aktionseinheit „gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind“ richten muss. Die Gewinnung der nichtmonopolistischen Schichten für die antifaschistische Volksfront hängt wesentlich ab von der „entschiedene(n) Aktion des revolutionären Proletariats zur Verteidigung der Forderungen dieser Schichten“. [15]

Gerade diese Bedingungen sind heute nur partiell gegeben. Die Sozialdemokratie, die immer noch die Mehrheit der Arbeiterklasse an sich bindet und vor allem in den Gewerkschaften tonangebend ist, hat es aufgegeben, sich für „soziale Gerechtigkeit“ einzusetzen – was die Faschisten längst als Chance für sich entdeckt haben. So triumphierte Jürgen Gansel [16]: Die Linke habe sich von der sozialen Frage verabschiedet, und jetzt sei der Nationalismus die Schutzmacht der kleinen



Leute. „Die Nationalisierung der sozialen Frage und die Vision eines solidarisches Volksstaats, in dem die soziale Teilhaberschaft eines jeden Deutschen garantiert ist, wird dem Nationalsozialismus so viel Zulauf beschern, dass die morschen Knochen der Volks- und Vaterlandsabwickler noch gehörig zittern werden“. [17]

Entscheidend für das Bewusstsein der Arbeiterklasse sind die gesellschaftlichen Veränderungen, wodurch die Gefahr, dass die Arbeiterklasse nicht mehr „immun“ gegen faschistisches Gedankengut ist, gestiegen ist. Kein einziges der Versatzstücke der faschistischen Ideologie ist aus der Waffenkammer der Reaktion verschwunden. Ob Rassenhass, Entmenschlichung von Minderheiten wie Sinti und Roma, Antisemitismus (perfiderweise im Gewand des Kampfes gegen die Banken und den durch sie bedrohten „Weltfrieden“), Diffamierung ganzer Völker (z. B. als „Islamisten“), Homophobie – um nur einige zu nennen, sie alle werden bei Bedarf befeuert und als Erklärungsmodelle in Stellung gebracht.

Und von nicht zu unterschätzender Bedeutung erweist sich der Antikommunismus in seiner seit 1945 vorherrschenden Form der Totalitarismustheorie. Diese umfasst die Diffamierung des Kommunismus und Sozialismus, letztlich aller demokratischen Kräfte, die Verharmlosung des Faschismus bis hin zur Übernahme der sozialen Demagogie der Faschisten. Opitz wies nach, dass die Grundmuster der Gleichsetzung von Sozialisten mit ihrem politischen und sozialen Gegenteil bereits aufgebaut wurden, bevor es den Faschismus und einen sozialistischen Staat überhaupt gab. [18]

Als Wirkfaktor innerhalb der Arbeiterklasse bietet sich insbesondere der Ausländerhass an, da er an realen Sorgen ansetzt und suggeriert, mit der Eliminierung der Migranten sei der Konkurrenzdruck in den eigenen Reihen zu verringern. Die reaktionäre Propaganda *Deutsche gegen Ausländer*, die vom Klassengegensatz ablenken soll, gedeiht auf dem Boden einer nationalistischen Grundstimmung. Besonders effektiv geschieht das Eindringen des Nationalismus in das Bewusstsein der Arbeiterklasse durch die Standortpolitik, weil mit ihr auf die „dringendsten Nöte der Arbeiter“ eingegangen wird,

wie es Dimitroff formulierte, die Sicherung der Arbeitsplätze, und nicht nur von den Parteien, sondern auch durch Betriebsräte und Teile der Gewerkschaft vertreten wird. Dem Kapital wird dadurch das gegenseitige Ausspielen der Belegschaften leicht gemacht. Ohne das Zurückdrängen der Standortpolitik wird es keinen wirksamen proletarischen Internationalismus geben.

Zur Aufrechterhaltung der Macht der Wenigen über die Vielen treibt die Bourgeoisie den Keil in die Belegschaften – und kann feststellen, dass die Ideologie, dass jeder selber und für sich schauen müsse, wo er bleibt, nicht nur gegen Arbeiter anderer Nationen, sondern auch innerhalb der Klasse im eigenen Land wirkt: „Eine Studie zum Arbeitsbewusstsein weist auf schlechende Entsolidarisierung hin. Kritik am Finanzmarktkapitalismus geht mit schlechender Entsolidarisierung einher. Vor allem westdeutsche Arbeiter finden: Es reicht nicht mehr für alle, und nicht jeder – zum Beispiel Leiharbeiter – könne noch mitgenommen werden“. [19]

Antifaschistischer Kampf

Betrachten wir die Entwicklung der objektiven und subjektiven Faktoren bei der Haltung der Arbeiterklasse zum Faschismus: Die Konkurrenz der Arbeiter untereinander ist in den letzten 20 Jahren größer geworden, Rassismus, Nationalismus und Antikommunismus sind der Nährboden für faschistisches Gedankengut, was durch die allgemeine Krise des Kapitalismus verstärkt wird.

Bisher konnte sich keine faschistische Massenpartei dauerhaft etablieren (bzw. das Monopolkapital hielt diese bisher nicht für nötig). Die Anhänger der AfD kommen nach einer Auswertung des Berliner Forsa-Instituts vor allem aus einem bestimmten Segment der deutschen Ober- und Mittelschicht (26 und 53 Prozent). 55 Prozent haben Abitur und/oder studiert und beurteilen die Wirtschaftserwartungen pessimistisch, 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro oder mehr [20]. Entgegen der verbreiteten Propaganda gibt es keine hinreichenden Belege, dass die Arbeiterklasse Hauptträger faschistischer Organisationen sei. Insgesamt sind Wahlanalysen meist nicht besonders aussagekräftig in dieser Hinsicht, weil sie nicht klassenbezogen sind. Aussagen wie, dass Rentner

überdurchschnittlich dem Antisemitismus zuneigten oder dass Menschen „aus der Mitte der Gesellschaft“ dem Rassismus anheimfielen, können auf Facharbeiter, kleine Handwerker oder höhere Angestellte hindeuten. Dass bei den Kameradschaften und Wehrsportgruppen wohl die Mehrheit der Arbeiterklasse zuzurechnen ist, reicht für diese Einschätzung nicht aus. Denn für die Drecksarbeit brauchen die faschistischen Drahtzieher und ihre gutsituierten Unterstützer stets deklassierte Elemente, welcher Schicht auch immer sie ursprünglich angehört haben.

Die Aufgabe der Herstellung der Aktionseinheit ist die dringendste und zugleich schwierigste Anforderung für Kommunisten, vor allem bei ihrer augenblicklichen Marginalisierung. An dieser Aufgabe hat sich nichts verändert. Sie ist von grundlegender Natur, sie bedeutet, die größtmögliche Einheit gegen das Kapital herzustellen, vor allem in den Gewerkschaften, und bürgerliche, opportunistische Strömungen im Proletariat zu bekämpfen, die den Klassengegensatz zwar nicht leugnen, ihn aber als versöhnlich betrachten. Zur Grundlage antifaschistischer Arbeit gehört es demnach, den Klassenkampf zu organisieren, Mobilisierung der Arbeiterklasse für ihre Interessen, offenes Propagieren antikapitalistischer Positionen – fundamentale Kritik des Kapitalismus, verbunden mit der Verteidigung und Rückeroberung demokratischer Rechte. „Die Arbeit in den Gewerkschaften ist die brennendste Frage aller kommunistischen Parteien“. [21]

Innerhalb der Gewerkschaften besteht mit der Ablehnung des Faschismus in Form der Neonazis ein relativ breiter Konsens, allerdings nicht automatisch mit entsprechenden Konsequenzen verbunden. Und vor allem fehlt meist das Bewusstsein, dass es der Klassengegner ist, der die faschistische Bewegung unterstützt, fördert und schützt, um notfalls auf sie zurückgreifen zu können.

Einheit der Aktion und ideologischer Kampf gehören zusammen. Ohne die praktischen Kampferfahrungen kann sich die Arbeiterklasse den wissenschaftlichen Sozialismus nicht aneignen. Wenn sie sich aber den wissenschaftlichen Sozialismus nicht aneignet, wird sie über den täglichen Kleinkrieg nicht hinauskommen. Und solange eine

linke Alternative für die Massen nicht sichtbar ist, besteht die Gefahr, dass die Faschisten an Boden gewinnen. Der Kampf muss mit dem Kampf um eine sozialistische Gesellschaft verbunden werden – ohne dass er zur Bedingung der Aktionseinheit wird.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Lenin, Bd 16, Berlin 1964, S. 356
- [2] Kurt Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP, Köln 2012, S. 41
- [3] Kurt Gossweiler, Arbeiterklasse und Faschismus, in: Aufsätze zum Faschismus, Bd II, S. 439
- [4] Ebd., S. 441
- [5] S. dazu Kurt Gossweiler, Arbeiterklasse und Faschismus, a.a.O., S.465
- [6] Clara Zetkin, Der Kampf gegen den Faschismus, Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 690
- [7] S. Sebastian Carlens, Stützen und Reserven der Herrschaft des Kapitals, T&P 22, S. 13; Der Austausch der sozialen Hauptstütze, T&P 22, S. 15; Renate Münder, Zur Theorie der sozialen Hauptstütze, T&P 33, S. 10

- [8] Reinhard Opitz, Liberalismus, Faschismus, Integration, Bd. II, Faschismus, S. 422
- [9] Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus, Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 2. August 1935, in: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin 1958, S. 523 ff
Das Wesen des Faschismus darf nicht nie auf die Hitler-Diktatur reduziert werden. Es gibt große nationale Unterschiede zwischen faschistischen Staaten, selbst der Fortbestand des Parlaments ist möglich gewesen. Neben dem Faschismus mit Massenbasis gibt es auch einen anderen Typ faschistischer Herrschaft, die Militärdiktatur, wie sie erstmals in Ungarn 1920 errichtet wurde.
- [10] Reinhard Opitz, Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – 40 Jahre danach. Liberalismus, Faschismus, Integration, Bd. II, S. 571
- [11] Renate Münder, Notstand der Demokratie – Staatsumbau gegen die Arbeiter- und demokratische Bewegung, MB 6/2010; Renate Münder, T&P 22, Militarisierung der Innenpolitik, S. 9, und Vorbereitungsetappen zum Faschismus?, S. 11
- [12] S. Philipp Becher, in T&P 36, S. 15
- [13] G. Dimitroff, a.a.O.

- [14] Reinhard Opitz, Nie wieder Faschismus, wieder Krieg – 40 Jahre danach. Bd. II, S. 571
- [15] G. Dimitroff, a.a.O.
- [16] Gansel, seit 2004 NPD-Abgeordneter in Sachsen und seit April 2012 eines von 19 Mitgliedern des sächsischen NSU-Untersuchungsausschusses
- [17] Jürgen Gansel, Der Abschied der Linken von der sozialen Frage, Parteizeitung ‚Deutsche Stimme‘, Dezember 2006
- [18] S. dazu Reinhard Opitz, Zur Entwicklungsgeschichte der Totalitarismustheorie, in: Deppe u. a., Marxismus und Arbeiterbewegung, FfM 1980; und Seta Radin, Unsinniger Antikommunismus, in: Marxistische Blätter, 2/2012, S. 102
- [19] ND, 6.1.2012
- [20] stern, 4.6.2014
- [21] G. Dimitroff, a.a.O.



In T&P 36 stellten wir den Bieterkampf der Kapitalgiganten General Electric (GE) und Siemens um Alstom dar. Schon 2004 hatte Siemens versucht, Alstom sich einzuverleiben – und verlor. Diesmal sah es so aus, als ob Siemens die besseren Karten besäße – doch Siemens verlor erneut. Die Hintergründe werden im folgenden Artikel erläutert.

Alexandra Liebig

ALSTOM – ENTSCHEIDUNGEN VON UNTERNEHMEN UND REGIERUNG IM KAPITALINTERESSE

Alstom, die französische „Industriekrone“, Hersteller der TGV-Schnellzüge und u. a. von Turbinen für französische Atomkraftwerke, geht an einen US-Konkurrenten?! Die Empörung war groß in fast allen politischen Lagern Frankreichs. Doch gegenüber GE mit einem Umsatz von 110 Mrd. Euro und Siemens mit einem Umsatz von 76 Mrd. Euro kann Alstom mit nur 20 Mrd. Euro Umsatz nicht auf dem Weltmarkt konkurrieren.

Wo aber sollte das Geld für größere Investitionen herkommen? 2004, als Alstom schon einmal in Finanznöten war, schoss der Staat das fehlende Kapi-

tal zu, übernahm 30 Prozent der Aktien, sanierte den Konzern unter Streichung von 8400 Arbeitsplätzen und gab seinen Anteil an den Bouygues-Konzern weiter. Der neue Besitzer, Martin Bouygues, Herr einer der größten französischen Baugesellschaften, von Bouygues Telecom und beteiligt am Fernsehen TF1, wollte auch diesmal Alstom nicht mit eigenem Geld sanieren – er verlangte eine höhere Rendite.

Am 21. Juni 2014 entschied der Conseil d'Administration [1] – der Verwaltungsrat von Alstom – den Verkauf seiner Hauptbereiche Energieerzeugung und -transport an die US-ameri-

kanische General Electric (GE) für 12,35 Mrd. Euro. Die Aktionärsversammlung stimmte am 1. Juli zu.

Damit wurde der Griff des deutschen Monopolisten Siemens nach dem nationalen Vorzeigebetrieb wieder verhindert. Siemens bot für den Gasturbinenbereich Alstoms 4,3 Mrd. Euro und trieb damit den Preis für den Erzkonkurrenten GE hoch. Siemens reagierte sehr gelassen und wollte das Angebot GEs nicht überbieten, denn mit der neuen Situation kann Siemens-Chef Kaeser auch gut leben. Hatte er ursprünglich geplant, das Gasgeschäft von GE mithilfe von Alstom direkt in den USA zu



attackieren, kann er sich nun über den Wegfall eines Konkurrenten freuen, zumal er davon ausgehen wird, dass GE Alstom ausschalten will. Siemens kann auf dem wichtigen französischen Markt gegen den weltweiten Hauptkonkurrenten GE „auf Augenhöhe“ mit seinen weiterhin exzellenten Verbindungsfäden zur französischen Elite antreten.

Auch das japanische Unternehmen MHI, das zusammen mit Siemens für Alstom bot, hatte sich nur für Teilbereiche interessiert. „Der Vorschlag entsprach nicht (...) dem Gesellschafterinteresse Alstoms (...)“ hieß es im Pressecommuniqué des Aufsichtsrats vom 22. Juni 2014.

Vorläufiges Ergebnis: Der Staat wird sich mit 20 Prozent an Alstom beteiligen, die er zu einem hohen Preis von Bouygues kaufte, und General Electric kann sich eines wesentlichen Teils (70 Prozent) des kleineren Konkurrenten Alstom bemächtigen.

Ein Erfolg für alle?

Alle Beteiligten auf der Seite des Finanzkapitals machen zufriedene Gesichter: Natürlich GE und Bouygues und das Management von Alstom, und auch die französische Regierung für den „Staat der Kapitalisten, den ideelle(n) Gesamtkapitalist(en)“ (Engels).

Die Geschäftsführung von Alstom hatte, als die Verhandlungen öffentlich wurden, mit der Behauptung auf GE gesetzt, das Angebot von GE sei für Alstom interessanter. Als großen Erfolg wertet die Regierung die Zusage von GE über die Schaffung von „vorrangig hochqualifizierten“ 1000 Arbeitsplätzen (was möglicherweise eine bloße Rechengröße ist, wenn vorher Entlassungen stattfinden). Außerdem bot GE auch an, seinen Hauptsitz in der Hydroenergie nach Frankreich zu verlegen und französischen Investoren Zugang zu ermöglichen. Gleiches gilt für die Bereiche Eolien Offshore und Offshore d'Alstom. Eine 40-prozentige Gewinnsteigerung in den nächsten Jahren wird von GE in Aussicht gestellt. Mit dem autonom werdenden Alstom Transport (TGV-Züge) soll ein Joint Venture (Alstom-GE) geprüft werden – für das auch Siemens weiterhin bereitsteht.

Weiter sicherte GE dem französischen Staat ein Veto- und spezifisches Entscheidungsrecht im Sicherheits- und Technologiebereich für die französischen AKWs zu. Krone des Ganzen ist das Versprechen des GE-Chefs Jeffrey R. Immelt [2], einen hochrangigen Leiter eines führenden französischen Unternehmens in den Aufsichtsrat von GE einzuführen!

Das alles kann allerdings nicht die Tatsache verbergen, dass die Entscheidungsebene der zukünftigen Unternehmen ausschließlich bei GE liegt und demzufolge sowohl der Logik US-amerikanischen Arbeitsrechts und Politik folgen wird.

Seit drei Jahren wünscht Martin Bouygues seine Beteiligung an Alstom zu versilbern, die er 2006 vom Staat für ungefähr 2 Mrd. Euro gekauft hatte. Er und der Alstom-Chef Patrick Kron verhandelten zunächst still und heimlich mit der amerikanischen Gruppe über den Verkauf seiner Aktien. Am Schluss hatte er den Kapitaleinsatz von 2006 mehr als verdoppelt: Er erhält vom Staat für seine 20 Prozent schon mehr als 2,5 Mrd. Euro, und behält zumindest zunächst neun Prozent mit einem derzeitigen Börsenwert (gemessen am GE-Kaufpreis von 12,3 Mrd.) von über einer Mrd. Euro. Darüber hinaus hat er seit 2006 etwa 0,5 Mrd. Euro an Dividende erhalten.

Kron ist nicht nur aus eigenen finanziellen Gründen an diesem Verkauf interessiert, sondern die Überlassung des Aktivvermögens schützt ihn auch vor den eingeleiteten Verfolgungen durch die amerikanische Justiz. Seit 2013 wird das Unternehmen der Bestechung indonesischer Politiker beschuldigt, nun wird deshalb auch in den USA, Brasilien und Großbritannien ermittelt. So wie die französische Großbank BNP Paribas, die trotz der Gegenwehr der französischen Regierung 7 Mrd. Euro zahlen musste, ist Alstom von einer schweren Strafe der US-Behörden bedroht, die auf eine Höhe von einer Mrd. Euro kommen könnte. Patrick Kron könnte persönlich verfolgt werden, wie es seine Mitarbeiter schon waren. Ein dem Vorgang nahestehender: „Dieses Risiko wog viel in der ganz persönlichen Entscheidung des PDG für ein amerikanisches Unternehmen.“ Nur die Kolleginnen und Kollegen von Alstom und GE, die haben nichts zu lachen – es ist

für sie egal, ob Pest oder Cholera: Beides kann tödlich sein.

Zwischen den Fronten

Doch die Entscheidung beruhte nicht nur auf dem besseren Angebot von GE. Präsident Hollande, und das heißt Teile der französischen Bourgeoisie, hatten sich anfangs für Siemens ausgesprochen, sie wollten ein Bündnis innerhalb der EU, einen „europäischen Champion“ gegen den US-Konzern GE. Das Alstom-Management trat jedoch im Interesse von Bouygues gegen einen größeren Einfluss des deutschen Finanzkapitals entschlossen auf und hatte einen Teil der französischen Kapitalinteressen hinter sich. Mitterrand hatte noch auf die Überlegenheit der französischen Großmachtspolitik gesetzt, der Annexion der DDR nichts in den Weg gelegt – in der Hoffnung, die deutsche Bourgeoisie würde dadurch geschwächt – und war damit gescheitert.

Sarkozy setzte sich der ökonomischen und demzufolge auch politischen Vormachtstellung Deutschlands mit aller Kraft entgegen – und scheiterte ebenfalls, diesmal an der Krise. Seit dem Mai 2010, als die Rettung französischer Großbanken durch die EU von der Zustimmung des deutschen Finanzkapitals abhängig war, betrachten alle politischen Parteien in Frankreich die deutsche Dominanz zunehmend kritisch. Ebenso wie in Deutschland neigen Teile des Finanzkapitals zum Bündnis mit dem US-Imperialismus.

Die Regierungen Hollandes, zuletzt Ministerpräsident Manuel Valls vom rechten Flügel der PS (Parti Socialiste), präsentierten der sozialdemokratischen Anhängerschaft eine eigene „Agenda“ à la Schröder, im Stil „Genosse der Bosse“. Wirtschaftsminister Montebourg protestierte öffentlichkeitswirksam. Er will sich dem „linken“ Flügel der Partei empfehlen. So wetterte er gegen den Sparkurs mit sowohl anti-amerikanischen als auch antideutschen Untertönen, wurde geschasst und arbeitet an seiner Profilierung als Hollande-Nachfolger. Die so genannte sozialistische Regierung hat zunehmend Mühe, ihre Kungelei mit welcher Kapitalfraktion auch immer dem Volk zu vermitteln.

Die französische Regierung reagierte mittels des „Dekret Alstom“ vom 14.

Mai 2014 [3] auf die Verkaufsverhandlungen von Bouygues. Es sieht eine staatliche Genehmigung für Investitionen von Ausländern (außer EU) in strategischen inländischen Bereichen vor. Damit will sich der Staat ein Einspruchs- und Zuschlagsrecht sichern und die Kontrolle über Fusionen behalten. Doch Ergebnis ist nicht, wie französische Politiker euphorisch behaupten, eine Allianz auf Augenhöhe mit GE. Ein konkurrenzfähiges Alstom wäre für eine von der Regierung behauptete souveräne Industriepolitik unbedingt nötig. Die Gewinner sind GE, Bouygues und das Management. Siemens kann mit der Situation gut leben, die Alstom- und GE-Belegschaften bezahlen.

Montebourg – zu der Zeit noch Wirtschaftsminister – feierte wie der Alstom-Chef den Verkauf als Einstieg in die „wirtschaftliche Globalisierung“ Frankreichs. Französische Ministerien und Institutionen, z. B. die Agentur für Staatsbeteiligungen (APE), haben am „Bündnis“ Alstom/GE kräftig mitgewirkt und für den Kauf der Bouygues-Anteile, was die Vorbedingung für den Verkauf an GE war, Aktien anderer staatlicher Unternehmen verkauft. Für den Chefunterhändler der APE für die GE-Verhandlungen, David Azema, hat sich seine Flexibilität gegenüber den Amerikanern bezahlt gemacht: Er wird Vizepräsident für Europa, den Mittleren Osten und Afrika sowie für Infrastrukturen bei der US-amerikanischen Finanzierungs- und Investitionsbank Bank of America Merrill Lynch. Insgesamt findet das Vorbild der Bereicherungspolitik US-amerikanischer Manager unter der „neuen Elite“ der französischen Regierung hohen Anklang. Die Motivierung der Minister und Staatssekretäre der Regierung Hollande läuft auch über ihre Einlagen – teils mehrere hunderttausende Euro – an Aktien und Fonds. [4]

Verstaatlichungsträume

Der Verkauf Alstoms, des „Kleinods der französischen Industrie“, führte zu einer Welle nationalistischer Empörungen mit Forderungen zur Nationalisierung von ganz rechts bis links, wenn auch mit unterschiedlichen Motiven.

Auch linke Kreise, Teile der PCF und anderer kommunistischer Gruppierungen und von den Gewerkschaften wie z. B. der CGT bauen auf „ihren“

Staat. Sie träumten von der Nationalisierung Alstoms, um ein großes Industriezentrum in öffentlicher Hand zu bilden und das Land zu reindustrialisieren! Damit schüren sie nicht nur Illusionen über den Charakter der EU, die gemäß ihren Grundlagenverträgen die Privatisierung des öffentlichen Dienstes und öffentlicher Unternehmen betreibt, sondern besonders über den Charakter des eigenen Staates.

Der Verkauf von Alstom belegt wieder einmal, wessen Interessen hier verfolgt werden und was dieser den Interessen des Monopokapitals dienende Staat keineswegs ist: ein Interessenvertreter des französischen Volkes. Sämtliche Institutionen arbeiten unter Führung des Monopolkapitals, werden von dessen Vertretern geleitet und üben ihre Funktionen in deren Interesse aus. Ihre unterschiedlichen Positionen sind lediglich von ihren unterschiedlichen Interessen und den daraus folgenden Strategien geprägt: Wo die einen mit „linker“ Demagogie, z. B. mit historischen Reminiszenzen an die Resistance (de Gaulle) die Einbindung der Gewerkschaften für eine Schröder-„Sozialpartnerschafts“-Agenda suchen, wollen sich andere mit dem gleichen Ziel, die Unterstützung reaktionärer Kreise des kleinen und mittleren Bürgertums sichern – in beiden großen Parteien. Der Front National (FN) wird als Reserve aufgebaut.

Voraussetzung für alle lukrativen Posten sind – teilweise gesetzlich vorgeschrieben (Banque de France) – nachgewiesene Unternehmerfähigkeiten. Das entspricht voll den imperialen Interessen der französischen Elite, deren Mitglieder in Regierung wie auch großen Firmen (Alstom) aus den „Großen Schulen“ Frankreichs für Managernachwuchs und Staatsführung kommen und effiziente Unternehmensführung erlernten. Der französische Unternehmerstaat stellt sich mit der Entscheidung für GE nicht außerhalb der EU, holte sich aber auf Wunsch eines großen Teils des eigenen Monopolkapitals gegen die zunehmende Vormachtstellung des deutschen Imperialismus US-amerikanische Hilfe und verspricht sich so höhere Gewinne. Hollandes Regierung hat einen für alle Seiten des Finanzkapitals annehmbaren Kompromiss organisiert. Die Kosten werden auf die Arbeiterklasse und das steuerzahlende Volk abgewälzt.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] PDG = président-directeur général des Unternehmens und des Conseil d'Administration, des Leitungsgremiums und Aufsichtsrates einer französischen AG
- [2] Gesamt-GE-Chef Jeffrey Immelt ist Mitglied des President's Council on Jobs and Competitiveness der Obama-Regierung. Diese (unter Bush) half während der Subprime-Krise 2009/10 der GE Capital (nicht als Bank klassifiziert) laut Washington Post auf illegalem Wege aus der Patsche, http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/06/28/AR2009062802955_2.html?sid=ST2009062803183
- [3] Décret n° 2014-479 du 14 mai 2014 relatif aux investissements étrangers soumis à autorisation préalable
- [4] Le Parisien vom 28.6.2014: Le Patrimoine des ministres et des secrétaires d'Etat



AM EPOCHENBRUCH

Zum Charakter der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus

„Allenfalls Verwirrung“ stiften, so schreibt Stephan Müller in der T&P vom Juni 2014, die Autoren der Krisis-Gruppe, namentlich Ernst Lohoff und Norbert Trenkle bei ihren Bemühungen, die Ursachen der gegenwärtigen kapitalistischen Krise jenseits der üblichen Erklärungen in der Zirkulations-sphäre zu finden. Er erkennt bei den genannten Autoren keine „plausible Argumentation“ – sagt aber einen Absatz später, die Diskussion müsse weiter geführt werden [1]. Nun denn.

Im Folgenden sollen nicht Lohoff/Trenkle verteidigt werden – auf ihr Buch ist mit einigen kritischen Hinweisen bereits Inge Humbug ausführlich eingegangen. In vier Thesen [2] soll versucht werden, dem Wunsch von Stephan Müller nachzukommen.

Die Ausgangsthese sollte alle Leser von T&P einigen: Die Beantwortung der Frage nach dem Charakter der gegenwärtigen Krise ist der Dreh- und Angelpunkt für alle strategischen und davon abgeleitet auch taktischen Fragen für die unter dem Banner von Marx und Engels streitenden Kräfte. Wenn wir den Charakter dieser Krise nicht begreifen, können wir keine ihr angemessene revolutionäre Strategie entwickeln.

Keine „stinknormale Überproduktionskrise“

Schon an These 2 dürften sich die Geister scheiden: Dies ist keine konjunkturelle Krise, aus der irgendwer „gestärkt hervor“geht, wie uns alle paar Quartale unsere Bundeskanzlerin weismachen will. Sie ist aber auch keine „stinknormale Überproduktionskrise“, wie der sonst hoch zu schätzende Lucas Zeise behauptet. Sie ist noch nicht einmal – wie der Autor dieser Zeilen in einem früheren Buch einmal vermutet hatte – eine besonders schwere Überproduktionskrise des Ausmaßes der Krisen 1873 oder 1929. Sie ist in Dauer, Tiefe der von ihr erfassten Schichten und geographischer Ausdehnung qualitativ gravierender. Sie ist der Beginn der finalen Krise des Kapitalismus.

Dies – und damit kommen wir zur von Müller sicher bestrittenen These 3 – liegt daran, dass das Epizentrum dieser Krise tiefer liegt als das aller normalen Überproduktionskrisen. Es liegt in dem Kern des ganzen kapitalistischen Systems – dort, wo es nicht empirisch aber analytisch bereits von Marx entdeckt und insbesondere von Luxemburg genauer herausgearbeitet wurde

Kein Kapitalist wird tätig, um Bedürfnisse durch die Herstellung von Gebrauchswert zu erfüllen. Er wird nur tätig, wenn er die Möglichkeit sieht, aus seinem eingesetzten Geld mehr Geld – aus G also G' – zu machen. Er kann dies aber nur durch Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Noch so moderne Maschinen alleine produzieren keinen Mehrwert. Gleichzeitig aber ist er über den diesem System unabwendbar eingepflanzten Konkurrenzmechanismus gezwungen, beständig menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess zu verdrängen, durch Maschinen zu ersetzen. Dies ist das, was Marx als innere Schranke des Kapitalismus bezeichnet, die er letztlich nicht überwinden können. Das „letztlich“ ist wichtig – denn er war tatsächlich über den historisch nicht so schrecklich langen Zeitraum von gut 150 Jahren in der Lage, das Auflaufen auf diese innere Schranke eine Weile hinauszuschieben. Auf einen zentralen Aspekt hat Rosa Luxemburg hingewiesen: Die Zerstörung vorher nicht kapitalistisch organisierter Teile der Welt, ihre Einverleibung in den Verwertungsprozess des Kapitals versetzt dieses System in die Lage, den Zeitpunkt des unvermeidlichen Stillstands dieses Systems hinauszuzögern. Seit der Konterrevolution 1989 und den darauf folgenden zwei Jahrzehnten ist Kapitalismus aber das einzige Weltsystem, gibt es keine Bereiche mehr, die nicht in den Weltmarkt hineingesogen worden wären – es sei denn, diese Bereiche sind un – ver – wert – bar.

Ein zweiter Ausweg, der in den letzten Monaten dramatisch an Aktualität gewinnt, ist der Krieg, den der Kapitalismus in sich trägt wie die Wolke den

Regen. Es ist kein Zufall, sondern liegt in der Systemlogik, dass dem Ersten Weltkrieg die „Goldenen Zwanziger“ und dem zweiten in den beiden am meisten zerstörten imperialistischen Ländern – Deutschland und Japan – die Wirtschaftswunderjahre folgten. Wo Millionen Menschen gemordet und gigantische Werte vernichtet sind, kann der Verwertungsprozess für eine Weile erneut wie ein Phönix aus der Asche steigen.

Drittens und vor allem haben die oben erwähnten früheren großen Überproduktionskrisen neben tiefgreifenden strukturellen Veränderungen, die jeweils zu einer anderen Variante des Kapitalismus führten, neue Technologien hervorgebracht, die einerseits Rationalisierungspotenziale realisierten, andererseits ganze neue Industriezweige und neue Massenbedürfnisse hervorbrachten. Die erste industrielle Revolution hat zwar massenhaft Weber brotlos gemacht, aber Millionen Menschen in den Verwertungsprozess gezogen, ohne die weder Schienennetze noch Dampf-loks entstanden wären. Die Rationalisierungseffekte waren empirisch nachweisbar geringer als die Schaffung neuer Ausbeutungsverhältnisse. Ähnliches geschah in der zweiten industriellen Revolution, die durch Elektro- und Ottomotoren getrieben war: Sie rationalisierte nicht nur die Heizer auf den Loks weg, sondern schuf mit riesigen Autofabriken und der Umwälzung der Hausarbeit mehr neue Industrien, als durch sie Arbeitsplätze in den alten wegrasiert wurden. In der dritten industriellen Revolution ist das ganz offensichtlich anders: Natürlich schafft die mikroelektronische Revolution neue Produkte in Form von Handys, Laptops und Smartphones. Aber mit ihr tritt das in Erscheinung, was im Wesenskern eben von Marx und Luxemburg angekündigt wurde: Der Kapitalismus verdrängt mehr menschliche Arbeitskraft aus dem Verwertungsprozess, als er in ihn hineinsaugt. Wie sonst – diese Frage müsste Müller beantworten – ist das beständige Ansteigen nicht nur von industriellen Reservearmeen, sondern

von stehenden Heeren dauerarbeitsloser Menschen, vor allem Jugendlicher, in allen kapitalistischen Ländern zu erklären?

Kapitalismus expandiert nicht mehr, sondern kontrahiert

Damit aber tritt der Kapitalismus – das wäre die Abschlussthese 4 – von seiner expansiven in seine kontraktive Phase. Und das – so ist das nun mal mit der Dialektik – verändert alles. Nichts bleibt wie es ist: Die Faschisten wollen keinen Lebensraum im Osten mehr erobern, sondern „Deutschland den Deutschen“ verteidigen, werden dumpf-dumm-defensiv statt dumpf-dumm-offensiv. Kriege werden nicht mehr geführt, um fremde Völker in das eigene Ausbeutungssystem zu integrieren, sondern um alternative Strukturen zu zerstören. Statt Kolonien hinterlässt der sterbende Kapitalismus eine Schneise perspektivloser Zerstörung von Libyen über Irak bis nach Afghanistan und in die Ukraine. Das Ergebnis dieser Krise kann und

wird keine neue Variante des Kapitalismus sein – schon gar nicht irgendein ökologischer, nachhaltiger oder sozialer. Er wird entweder mitsamt der in ihm lebenden Menschen in einer sich steigernden Orgie von Perspektivlosigkeit, Barbarei, Dauerarbeits- und Sinnlosigkeit, Krieg und Dreck untergehen oder abgelöst werden durch einen nach der Pariser Kommune und dem großen Oktober dritten Anlauf zum Sozialismus.

Wir sind auf der Linken verzagt geworden in theoretischen Fragen. Das ist verständlich. Wir haben ja oft genug das Ende des Kapitalismus prognostiziert und dann kam nicht das Ende, sondern nur ein erneuerter Kapitalismus aus den Krisen heraus. Aber es wäre absurd, in dem Moment, wo selbst bürgerliche Theoretiker und der Papst Zweifel an der Überlebensfähigkeit dieses Systems artikulieren, als Linke diejenigen zu sein, die am vehementesten die Findigkeit des Kapitalismus betonen und so tun, als wäre seine ganze

Geschichte ein unendlicher Kreislauf zwischen Krisen, Krieg, Krisen, Krieg und dann wieder den nächsten Krisen. Diese Krise ist nicht lösbar durch eine andere Geldpolitik. Sie hat ihre Ursache nicht in der Finanzsphäre, sondern im Kern des Kapitalismus, der Mehrwertproduktion. Dort findet zur Zeit der Beginn der Kernschmelze statt. Darauf haben wir uns einzustellen – und auf einen langen, bitteren, gefährlichen Niedergangsprozess.

Wer in dieser Debatte meint, Robert Kurz und andere von ihm beeinflusste Marxisten ignorieren zu können, mag das tun. Aber Kopf in den Sand hat noch niemals genutzt.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Stephan Müller, Leere Versprechungen, T&P 36, Juni 2014, S. 21
- [2] Ausführlicher ist das entwickelt in dem Buch des Autors „Am Epochenbruch“, PapyRossa-Verlag 2014



Fritz Dittmar:

MIT MARX-MYSTIFIKATION „ÜBER MARX HINAUS“

Zu Inge Humburg: „Verwertungsbasis des Kapitals untergraben?“

Inges „Gründe, keinen Bock auf die Ergüsse der Krisis Gruppe zu haben“, teile ich. Zu den „zwei Punkten in der Theorie (der Autoren Lohoff und Trenkle*)“, die uns in der Erkenntnis der heutigen Wirklichkeit weiterbringen könnten, mindestens aber die Auseinandersetzung lohnen“, hat Stephan Müller das Nötige gesagt: Dass auf Grund des Produktivkraft-Schubs der „Informations- und Kommunikationstechnologie“ dem Kapital die Arbeit ausgeht, bleibt eine Behauptung, die die Autoren weder belegen noch auch nur plausibel machen.

Auch das Versprechen, „Mit Marx über Marx hinaus“ „die grundlegende marxistische Analyse auf Wertebene mit den schillernden (...) Blüten des (...) Handelns mit ‚Finanzprodukten‘ zu verbinden“, lösen sie nicht ein. Das

liegt aber nicht nur daran, dass sie Lenins Imperialismus-Analyse ignorieren, sondern bereits in ihrer Anwendung des Wertbegriffs. Das möchte ich im Folgenden darstellen.

Fiktives Kapital und Wert

Die zentrale Kategorie der Autoren ist das „fiktive Kapital“. Sie fragen: „Welche Stellung haben die Finanzmärkte und die dort als Waren gehandelten Besitztitel (...) inne? Bedeutet die Ausgabe von Aktien oder die Gewährung von Krediten eine Mehrung des gesamt-kapitalistischen Reichtums, oder ist das nicht der Fall?“ Die Autoren merken dazu an, dass zwischen „Waren erster und zweiter Ordnung“ zu unterscheiden sei. „Waren erster Ordnung“ haben außer dem Wert, einer Menge abstrakten gesellschaftlichen Reichtums (d. h.

gesellschaftlicher Arbeitszeit), auch noch eine „stofflich-sinnliche Komponente“ (d. h. einen Gebrauchswert), während Waren zweiter Ordnung nur „gesellschaftliche Chiffren“ (?) sind. Die Autoren charakterisieren also ihre „Waren zweiter Ordnung“ nicht durch das, was sie zusätzlich zu den „klassischen Waren“ auszeichnet, sondern dadurch, was ihnen angeblich fehlt, der Gebrauchswert.

Marx und Engels dagegen haben die „stofflich-sinnliche Komponente“ der Waren nicht eng auf einen Nutzen für ein rational nachvollziehbares Bedürfnis wie Ernährung, Kleidung, Wohnung eingeschränkt. Wenn Dagobert Duck beim Anblick seines Aktienpakets in Ekstase gerät, haben die Aktien einen Gebrauchswert.



Die Autoren fassen den (angeblichen) Unterschied der Waren erster und zweiter Ordnung so zusammen: „Wenn ein Geldkapitalbesitzer eine bestimmte Geldsumme gegen das verbrieftete Versprechen weggibt, zu einem späteren Zeitpunkt eine größere Geldsumme zu erhalten, ist damit nicht nur eine zusätzliche Ware entstanden, (...) diese Ware vermehrt den aktuell vorhandenen kapitalistischen Reichtum (!), denn mit ihr hat sich zusätzliches Kapital gebildet, das vor dem Tauschakt noch nicht existiert hat.“ Danach hätten die „Waren zweiter Art“ die Eigenschaft, Reichtum oder Wert zu enthalten, der ohne Arbeit entstanden ist. Tatsächlich aber hat der Aktienkäufer oder Kreditgeber sein „ruhendes“ Geld in Kapital verwandelt; aber Reichtum vermehrt (also neuen Wert erzeugt) hat er nicht.

Wertschöpfung durch Aktienausgabe?

Diese Vermehrung von Wert oder „Reichtum“ aus nichts ist eine (Selbst-) Täuschung, oder vielleicht sollte man sagen, ein Taschenspielertrick: „zusätzliches Kapital“ wird als vermehrter „Reichtum“ bezeichnet.

Gibt ein Kapitalist zusätzlich zu seinen eigenen hundert Millionen Euro Geldreserven für die Gründung einer Fabrik Aktien im Wert von weiteren hundert heraus, so entsteht ein Kapital von zweihundert Millionen aus zweihundert Millionen Geldreserven, die vorher zur Hälfte in der Hand des Fabrikgründers und zur anderen Hälfte in den Händen der Aktienkäufer vorhanden waren, aber noch nicht als Kapital fungierten. In diesem Akt wird bereits vorhandener Wert mobilisiert, aber kein Cent an neuem Wert geschaffen. Das geschieht erst danach, wenn es ans Akkumulieren geht: Die 200 Millionen Geld verwandeln sich in Fabrikanlagen, Rohstoffe und bezahlte Arbeitskraft und werden vernutzt und in Waren im Wert von 220 Millionen verwandelt. Von den 20 Millionen stehen den Aktionären zehn Millionen zu und können entweder als Dividende ausgeschüttet werden oder verbleiben in der Fabrik und erhöhen den Wert der Fabrik und somit den Wert der Aktien.

Die von den Autoren zitierte Formulierung von Marx: „Durch das doppelte Dasein derselben Geldsumme als Kapital“ bedeutet nicht eine **tatsächliche**

Verdopplung (der Wertschöpfung), sondern eine fiktive. Für die Aktienbesitzer bedeutet sie eine Teilhabe am Eigentum der Firma und eine entsprechende Beteiligung an ausgeschütteten Profiten, für den Fabrikgründer eine zusätzliche Verfügung über das Kapital der Aktionäre, ohne die Möglichkeit, diese Anteile zu verkaufen. Die Beteiligung der Aktionäre an grundlegenden Entscheidungen über die Führung der Firma ist durch das Aktienrecht geregelt.

Dem widerspricht nicht, dass die Aktie „auf dem Finanzmarkt gehandelt werden kann“. Wird eine Aktie verkauft, so verwandelt sich das „ruhende“ Geld des Käufers in fungierendes Kapital, und das Kapital des Verkäufers verwandelt sich zurück in Geld, das nicht mehr als Kapital fungiert. Der Wert des Aktienkapitals wird also nicht real, sondern eben fiktiv verdoppelt, es wird in seinen Aspekten Eigentum und unmittelbare Verfügungsgewalt aufgespalten. Als Kapital fungieren kann es nur in der Hand des Fabrikgründers, verkauft werden kann es nur durch den Aktionär. Dabei bleiben unabhängig vom Besitzerwechsel der Wert der Fabrik und der Wertanteil der Aktien unverändert.

Wertschöpfung und Kredit

Entsprechendes gilt für andere Formen des „fiktiven Kapitals“, etwa für Bankkredite. Hierbei erwirbt der Kreditgeber, etwa die Bank, kein Eigentum an der Fabrik des Kreditnehmers. Dieser kann nach Gewährung des Kredits darüber im Prinzip frei verfügen, sogar die kreditfinanzierte Fabrik verkaufen. (Solche „Verwendung“ des Kredits kann durch Zusatzvereinbarungen bei der Kreditvergabe geregelt oder sogar ausgeschlossen sein, muss es aber nicht). Was er unbedingt muss, ist, zum vereinbarten Termin den Kredit zuzüglich der vereinbarten Zinsen zurückzahlen. Auch hier gilt: Der Kredit bleibt als Anspruch Eigentum des Kreditgebers, über die Verwendung entscheidet der Kreditnehmer. Von einer Verdopplung des Kapitals ist auch hier keine Rede. Die Zinsen stellen für den Kreditgeber seine Profitquelle dar, sie sind vorab festgelegt, unabhängig davon, ob der Kreditnehmer den erwarteten Profit erzielt. Risiko und Chance auf zusätzlichen Profit liegen hier stärker auf Seiten des Kreditnehmers als bei dem Aktienverkäufer.

Wertschöpfung ohne Arbeit?

Die Autoren behaupten jedoch, dass der vergebene Kredit ebenfalls **auf Seiten des Kreditgebers** über die Zinsen hinaus Profit erzielen könne. Wie das gehen soll, mit dem Anspruch auf Kreditrückzahlung weiteren Profit zu erzielen, verraten sie leider nicht. Der Wert des Kredits oder der Aktie steckt in der Fabrik fest, und man kann ihn nicht ein zweites Mal verleihen oder sich etwas anderes dafür kaufen, ohne vorher die Aktie zu verkaufen oder den Kredit zurückgezahlt zu erhalten. Selbstverständlich kann der Aktienbesitzer seine Aktie oder der Kreditgeber seinen Kreditbrief weiter verkaufen. Damit würde aber kein neues Kapital entstehen, sondern nur das Geld des Käufers sich in Kapital verwandeln und das Kapital des Verkäufers in „ruhendes“ Geld zurückverwandeln.

Die Autoren dagegen behaupten sogar, dass es mit der Kapitalverdopplung durch Kreditvergabe noch nicht sein Bewenden habe. Erfolge die Kreditvergabe über mehrere Stufen, so trete die Verdopplung mehrfach ein. Tatsächlich handelt es sich um eine Wiederholung des logischen Fehlers, die Aufspaltung in Eigentum und Verfügungsgewalt bei der Kreditvergabe mit einer Verdopplung des Werts zu verwechseln. Sollte das die Autoren nicht überzeugen, möchte ich ihnen folgende Geschäftsidee vorschlagen: Lohoff und Trenkle gewähren sich wechselseitig einen Kredit von 1000 Euro. Anschließend verleihen sie den Kredit an den anderen Autor zurück und zusätzlich auch noch das „Spiegelbild der Ausgangssumme“, den Eigentumsanspruch an dem vergebenen Kredit. Danach hat jeder von ihnen Anspruch auf die zuerst verliehenen 1000 Euro und zusätzlich auf die 1000 Euro aus dem Verleihen des Anspruchs auf Rückzahlung aus dem ersten Kredit, den sie jetzt verliehen haben. Durchlaufen sie diesen Prozess der „Verdopplung“ des fiktiven Kapitals nur zehnmal, sind sie anschließend Millionäre und brauchen sich um den Absatz ihres Buchs keine Sorgen mehr zu machen.

* Zitate aus dem Buch von Lohoff/Trenkle sind kursiv gesetzt, Zitate aus den Texten von Humburg/Müller in Normalschrift



Aufkommunisten.de findet sich ein Beitrag von Leo Mayer: „Enrico Berlinguer: Dreißigster Todestag eines großen Kommunisten“. Im Folgenden drucken wir einen stark gekürzten Kommentar zu diesem Artikel ab:

Hans-Peter Brenner

WIEDERBELEBUNG EINES POLITISCHEN LEICHNAMS? DER „EUROKOMMUNISMUS“

(...)
Der Beitrag bekommt seine über das Gedenkdatum hinausreichende Bedeutung für unsere innerparteiliche Diskussion, weil er vermutlich bewusst einen deutlichen Akzent in die seit längerem laufende Diskussion über das Selbstverständnis und die Strategie der DKP setzt. Und gewiss ist es auch kein Zufall, dass er zu einem Zeitpunkt geschrieben wurde, an dem schon klar war, dass der Parteivorstand der DKP im Herbst den Entwurf der Resolution des nächsten Parteitag beraten wird, der sich mit dem Parteiverständnis und der Strategie der DKP befassen wird.

Ich werte also den Artikel zu E. Berlinguer und den Eurokommunismus als einen faktischen „ersten Aufschlag“ für die Debatte der nächsten Monate. (...)

Wie neu sind die Argumente des Revisionismus? (...)

Der Revisionismus in der revolutionären Arbeiterbewegung tritt und trat in der Regel meistens mit dem Anspruch auf, das mit dem bisherigen Wissen und den bisherigen Methoden nicht mehr verstandene Neue in der Entwicklung des Kapitalismus besser zu verstehen und erklären zu können. Dazu müssten auch grundlegende Bestandteile des wissenschaftlichen Sozialismus revidiert werden.

Meistens handelte es sich dabei um die theoretischen und praktischen Erkenntnisse über den Klassencharakter des Staates, um die Ablehnung der Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital und schließlich um die Orientierung auf einen friedlichen, nicht-revolutionären Weg zu einem „Sozialismus“, der im Prinzip nicht anderes sein sollte, als ein reformierter, „sozialerer, friedlicher“ und seit neuestem auch um einen „ökologischeren und feministischeren“ Kapitalismus.

Das ist derzeit die Selbstcharakterisierung von Organisationen wie der „Europäischen Linken“ und ihrem deutschen Ableger, der Partei „Die Linke“, sowie der neuen politischen Vereinigung „Marxistische Linke“, die sich selbst diesem Konzept und der „Europäischen Linke“ verbunden fühlt.(...)

Lenin war es, der erkannt hatte, dass das Wachsen der Arbeiterbewegung in die Breite, die Herausbildung eines bürokratischen Apparates in Partei und Gewerkschaft, dazu die Politik des zum Imperialismus gewandelten Kapitalismus, bestimmten Arbeiterschichten vom Tische der Herren Brosamen zu kommen zu lassen, die Illusion nährt, auf diesem Weg des „Vorwurstelns“ an Stelle der Revolution (in der doch die lieb gewordene Organisation samt ihrer Bürokratie gefährdet sein würde) die grundlegenden Probleme der Klasse lösen zu können.

E. Bernstein hatte es so deutlich ausgedrückt wie kein anderer: „Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung alles!“ Das gilt im Prinzip auch für die neueren Revisionismus-Varianten: Ihre Grundmuster wiederholen sich mittlerweile und sind in ihrer Substanzlosigkeit von der Wirklichkeit auch längst widerlegt. Kein Versuch des so genannten „3. Weges“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus hat zu einer Überwindung des Systems der Ausbeutung geführt. Im Gegenteil: Manche Varianten wie das „neuen Denken“ unter M. Gorbatschow“ haben zu Formen der kapitalistischen Ausbeutung zurückgeführt, die noch widerwärtiger sind, als die alten Zustände.

Liefen die früheren revisionistischen Strategien unter der Überschrift „systemüberwindende Reformen“, „Reformen mit systemsprengendem Charakter“ – wie z. B. von linken Sozialdemokraten und den Jusos der 70er Jahre – so waren es in den 80er Jahren das vorgebliche „Primat der Menschheitsprobleme gegenüber den Klassenprob-

lemen“ und die Politik der „Reformalternative“.

Heute sind es Slogans die als „revolutionäre Realpolitik“, „Transformationsstrategie“ oder „Wirtschaftsdemokratie“ nicht einmal mehr von den Begrifflichkeiten neu sind, sondern eine Neuauflage alter SPD-Positionen aus der Weimarer Republik bzw. aktualisierte Rezepte der „Sozialistischen Internationale“ aus den 50er Jahren darstellen. Und nun kommt auch noch der längst verblichene „Eurokommunismus“ wieder ins Gespräch.

Zur Entstehung des Eurokommunismus

Die revolutionäre, auf den Bruch mit dem Kapitalismus insgesamt abzielende Strategie der Kommunistischen Parteien war nicht nur zur Zeiten R. Luxemburgs oder E. Bernsteins umstritten. In den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kam es zu einer Neuauflage der Reformismus-Debatte, die sich vor allem an der von den großen kommunistischen Massenparteien in Italien, Frankreich und Spanien vertretenen Konzeption des „Eurokommunismus“ entzündete.

Ihre Wortführer waren deren Parteivorsitzende Enrico Berlinguer, Georges Marchais und Santiago Carillo. (...)

Neben der Distanzierung von der Sowjetunion und den anderen Ländern des damaligen sozialistischen Lagers, die für den Großteil der internationalen kommunistischen Bewegung und der damaligen Befreiungsbewegungen objektiv die Rolle des „sicheren Hinterlandes“ spielte, ging es dem „Eurokommunismus“ noch um zwei weitere Dinge: Dies war zum einen der Bruch mit der von Lenin und den Bolschewiki durchgeführten revolutionären Form der Eroberung der politischen Macht. Dabei ging es um mehr als nur die äußere Form der Oktoberrevolution



des Jahres 1917. Grundsätzlich handelt es sich um die Umorientierung auf ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus unter Vermeidung und Umgehung des revolutionären Weges. Der Eurokommunismus unterstellte gleichzeitig, dass die erfolgreiche proletarische Revolution im späteren Sowjetrußland angeblich zu einem „verbindlichen Modell“ erklärt worden sei, an dem sich alle zu orientieren hätten. Damit sei die Oktoberrevolution zu einem bedrohlichen und starren Schema erklärt worden, von dem man sich schon deshalb zu distanzieren habe. Denn die Kommunistischen Parteien würden dadurch zur „Negierung der nationalen Besonderheiten“ gezwungen worden.

Zum anderen wurden gleichzeitig die Wirkungen der Oktoberrevolution relativiert. So behandelte der Führer der IKP, E. Berlinguer, die Oktoberrevolution schließlich wie ein „Muster ohne Wert“.

In Bezug auf die innenpolitische Strategie verfocht der Eurokommunismus eine auf den friedlichen parlamentarischen Weg gerichtete Konzeption der „Umwandlung“ und „Transformation“ des Kapitalismus im Bündnis mit nichtkommunistischen und bürgerlichen Kräften. (...)

Erfolgreiches Vorbild?

E. Berlinguer und der Niedergang der IKP

(Dramatisch) verlief die Umwandlung der eurokommunistischen IKP, die sich unter dem von E. Berlinguer eingeschlagenem Kurs nach seinem Tode zunächst mehrfach spaltete und schließlich über die Etappen der Transformation zur „Demokratischen Linken“ und anschließend nach weiteren Fusionen mit bürgerlichen Parteien zur „Demokratischen Partei“ fester Bestandteil des normalen bürgerlich-kapitalistischen Parteienspektrums wurde.

Der bekannte kommunistische Journalist, habilitierte Romanist und Italien-Experte G. Feldbauer stellt in seinem Buch „Geschichte Italiens“ dar, über welche Einzelschritte Berlinguer die größte KP in einem kapitalistischen Land auf den Weg der Kollaboration mit der Hauptpartei der italienischen Großbourgeoisie, der Democrazia Christiana, und zum Wechsel ihrer roten Farbe

führte, der schließlich mit ihrer Selbstaufgabe endete. Er analysiert im Detail den Sieg der sozialdemokratischen Strömung in der IKP unter Berlinguer und schreibt: „Ihre politisch-ideologische Grundlage bildete der sogenannte Eurokommunismus. Er entstand seit Anfang der siebziger Jahre in einigen KPs der westlichen Länder (vor allem Italiens, Spaniens, Frankreichs, der Linkspartei Kommunisten Schwedens). Während Spaniens PCE unter dem späteren Sozialdemokraten Santiago Carillo kaum über Deklarationen hinauskam und der PCF unter Georges Marchais zunehmend wieder auf Distanz ging, wurde die IKP unter Berlinguer zu seinem Protagonisten.“ (Gerhard Feldbauer: Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute. Köln 2008, S. 197)

Ähnlich wie die DKP in den 70er Jahren beurteilt Feldbauer den Eurokommunismus als eine rechte, als „revisionistisch“ eingeschätzte Strömung.

Dies sieht L. Mayer, stellv. Vors. des Münchner isw und Mitglied des Parteivorstands der DKP, nun in seinem Nachruf zum 30. Todestags E. Berlinguers völlig anders. Er würdigt diesen als einen „vorbildlichen“ und „großen“ Kommunisten. Das Schicksal seiner von ihm aber bis an den Rand der Unkenntlichkeit und späteren Selbstaufgabe geführten Partei hat L. Mayer dabei vom Wirken des von Berlinguer vertretenen Eurokommunismus abgetrennt. Dies muss mehr als Erstaunen hervorrufen. Dabei stellt Mayer die Rechtsentwicklung der IKP unter Berlinguer vor allem als eine Reaktion auf einen drohenden faschistischen Putsch in Italien und als eine nachvollziehbare Lehre aus dem Sturz der Regierung von S. Allende in Chile dar: „Vor diesem Hintergrund hat sich Enrico Berlinguer vom Standpunkt einer KP, die in einem entwickelten kapitalistischen Land arbeitet, umfassend mit der Revolution und Konterrevolution in Chile befasst. Er zog weit reichen Schlussfolgerungen für die Politik der PCI, um ihr ein chilenisches Schicksal zu ersparen und präziserte das von Togliatti ausgearbeitete Konzept eines italienischen Weges zum Sozialismus.“

Der Italien-Experte G. Feldbauer weiß es besser: „Das war nicht erst, wie allgemein verbreitet, nach dem faschistischen Putsch im September 1973 in Chile. Bereits auf der ZK-Tagung im November 1971 erklärte Berlinguer,

man müsse ‚aus der endemischen Krise der Regierungen des linken Zentrums herauskommen‘, eine ‚Regierung der demokratischen Wende‘ bilden und ‚die Überwindung der Klassenschranken anstreben‘.“ Auf dem 13. Parteitag im März 1972 löste E. Berlinguer dann L. Longo, den Weggefährten des legendären Parteivorsitzenden Palmiro Togliatti und Kommunisten vom „alten Schlag“, als Generalsekretär der IKP ab.

Für den schwerkranken Longo wurde nun das Ehrenamt des Parteivorsitzenden geschaffen. Die DC verfügte damals über keine Regierungsmehrheit und der Staatspräsident schrieb vorzeitige Neuwahlen aus. Und nun begann eine verhängnisvolle Etappe in der Geschichte der IKP. G. Feldbauer: „Berlinguer präziserte nun, die ‚Demokratische Wende‘ durch die Zusammenarbeit der drei großen ‚politischen Volkskräfte‘, Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten, herbeizuführen. Gleichzeitig gab die Partei ihre Anti-NATO-Haltung auf und erklärte, den Beitritt zur EG zu unterstützen.“

Dies geschah also alles vor dem Putsch in Chile.

Berlinguer schlug dann nach dem Sturz Allendes der DC einen „Compromesso storico“ (Historischen Kompromiss) und die Zusammenarbeit auf Regierungsebene vor. (...)

Jenseits der persönlichen und charakterlichen Beurteilung Berlinguers und der zweifelsohne nicht einfachen politischen Lage in Italien, die eine sehr flexible Bündnispolitik zur Verhinderung eines Durchmarsches der reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie und des Militärs erforderlich machte, ist jedoch der zentristische, anfänglich noch zwischen marxistischen und offen revisionistischen Positionen schlingernde und schließlich völlig auf sozialdemokratischem Kurs einschwenkende Weg E. Berlinguers der entscheidende Gradmesser für sein Wirken – und nicht seine womöglich inneren Skrupel oder politische „Sachzwänge“. Berlinguer bereitete objektiv den Weg zur Zerstörung der IKP vor; diese historische Verantwortung kann man nicht kleinreden oder gar ignorieren. (...)

Feldbauer macht insgesamt deutlich, dass bereits unter Berlinguer der Kurs des Eurokommunismus den Cha-

rakter der IKP als einer konsequent antimonopolistischen und antikapitalistischen Kraft zerstörte: „Von den antimonopolistischen Forderungen des 7. Parteitages war nicht einmal mehr in Ansätzen die Rede. Wesentliche Interessen der Arbeiter wurden nicht berücksichtigt. (...) Die IKP stellte keine Forderungen, die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern, sondern fand sich im Gegenteil bereit, rigide Sparmaßnahmen der Regierung mitzutragen und mäßigend auf den Widerstand der Gewerkschaften dagegen einzuwirken. Davon zeugte im Februar 1978 der Kongress der drei Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL im EUR-Viertel von Rom.

Mit der Erklärung, es sei ‚eine selbstmörderische Politik (...), den Betrieben überflüssige Arbeitskräfte aufzuzwingen‘, da die italienische Wirtschaft dadurch ‚allmählich in die Knie‘ gehe, wandte sich CGIL-Vorsitzender Lama faktisch gegen die Cassa Integrazione“ (a.a.O., S. 197 f). Außerdem bekundeten die Gewerkschaften ihre Bereitschaft, im Ausgleich für die im Regierungsprogramm mit der IKP vereinbarten Reformen den Kündigungsschutz zu lockern. Doch es ging

nicht nur um einen innenpolitischen Anpassungskurs an die Bedürfnisse der Italiens Großbourgeoisie.

Die IKP-Führung erklärte nicht nur ihren Schulterchluss mit den bürgerlichen Parteien und dem italienischen Staat, sondern nahm Partei für den aggressiven imperialistischen NATO-Militärpakt, dessen Hauptaufgabe in der Zerstörung der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Bewegung überhaupt bestand und besteht.

Neben berechtigter Kritik an sozialistischen Deformierungen und dem unter Chruschtschow begonnenen Voluntarismus in der UdSSR sowie an der nicht nur politisch, sondern auch mit administrativem Druck durchgesetzten Führerrolle der KPdSU beteiligte sich die IKP an der bürgerlichen Propaganda gegen die Sowjetunion.

„Sie proklamierte auf der Grundlage der Anerkennung der ‚Spielregeln der bürgerlichen Demokratie‘ und ihrer Integration in deren Parteiensystem einen eigenen ‚Weg zum Sozialismus. Sie übernahm das bürgerliche Staatsmodell, für das sie lediglich eine ‚demokratische Transformation‘ forderte und

anerkannte die kapitalistische Marktwirtschaft. Und schließlich erklärte Berlinguer, „nicht nur die Bündnisverpflichtungen Italiens zu respektieren, sondern bekundete obendrein, die NATO eigne sich unter bestimmten Voraussetzungen als ‚Schutzschild‘ eines italienischen Weges zum Sozialismus“ (Feldbauer, a.a.O., S. 198).

Es kann deshalb L. Mayers Lob für E. Berlinguer kaum anders als eine Parteinahme für eine politische Konzeption bewertet werden, die eine Abkehr von unverzichtbaren kommunistischen Positionen darstellte und die (mit Recht) historisch gescheitert ist.

Das kann und wird nicht der Weg der DKP sein, auf dem die DKP vorangeht. Die Diskussion um die politische Hauptresolution des kommenden 21. Parteitags der DKP wird das belegen. Dessen bin ich mir sicher.

Übernommen von news.dkp.de

Wir danken Autor und news.dkp.de für die Genehmigung zum Abdruck



Ausbildung und Arbeit sind oft kein Zuckerschlecken. Das beginnt bei der oft langen, und in manchen Fällen auch vergeblichen Suche nach einem Ausbildungsplatz, geht über fehlende Praxisanleitung, Schulgebühren, Überstunden, geringe Vergütung und schlechte Ausbildungsqualität und endet bei einer nur befristeten oder gar keiner Übernahme. Aber muss das so sein? Und wenn nicht, wieso sind dann Berichte über ausbildungsfremde Tätigkeiten, hohe Ausbildungsabbrecherquoten und Auszubildende, die ihr geringes Einkommen mit Hartz 4 aufstocken müssen, inzwischen eher die Regel als die Ausnahme? Wer profitiert von derartigen Zuständen und was lässt sich dagegen tun? Weshalb ist es auch für Kolleginnen und Kollegen im Metallbereich wichtig, was die angehende Friseurin oder der Bäckerazubi verdienen und zu welchen Bedingungen sie arbeiten? Wo liegen die Perspektiven und Grenzen von Gewerkschaftskämpfen im Kapitalismus? Diesen Fragen wollen wir auf unserem Jugendkongress zur Ausbildungssituation und für ein allgemeines Ausbildungsgesetz gemeinsam anhand von verschiedenen Workshops und Diskussionsrunden auf den Grund gehen.

Wann? Sonntag, 28.09.2014, 10–15 Uhr
Wo? Bürgerzentrum Köln Ehrenfeld, Venloer Str. 429, 50825 Köln
Kosten? 10 Euro (Soli), 5 Euro (ermäßigt)
Weitere Infos zum Jugendkongress: <http://jugendkongress2014.de/>

ICH UNTERSTÜTZE DEN JUGENDKONGRESS, WEIL :

Ich fahre zum Jugendkongress der SDAJ, denn wir brauchen als Jugend eine gemeinsame Strategie gegen die prekäre und zunehmend uneinheitliche (Aus-)Bildungssituation. Ein gewerkschafts- und jugendverbandsübergreifender Jugendkongress ist hier genau das richtige.

Timo,
 JAV Volkswagen &
 Mitglied in BJA NDS-LSA

SDAJ

INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Björn Schmidt</i> Distanzierung überwinden!	2
<i>Kerem, SDAJ</i> Analyse braucht Fakten	3
<i>Daniel Bratanovic und Sebastian Carlens</i> Der Ukraine-Konflikt als Epochenzäsur	5
<i>Klaus Blessing</i> DDR-Wirtschaft – ein Pleitesystem oder eine Alternative?	8
<i>Martina Dost</i> DDR – meine Heimat	10
<i>Ralf Jungmann</i> Gera – Geisterstadt tief im Osten	12
<i>Ula Richter</i> Der (un-)aufhaltsame Aufstieg der Nazis am Beispiel Dortmund	14
<i>Renate Münder</i> Arbeiterklasse und Faschismus	16
<i>Alexandra Liebig</i> Alstom – Entscheidungen von Unternehmen und Regierung im Interesse des Kapitals	19
<i>Manfred Sohn</i> Am Epochenbruch	22
<i>Fritz Dittmar</i> Mit Marx-Mystifikation „über Marx hinaus“	23
<i>Hans-Peter Brenner</i> Wiederbelebung eines politischen Leichnams? Der „Eurokommunismus“	25

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder, St.-Cajetan-Straße 20,
81669 München, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht
möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes
Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abo-
nenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder
besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine
Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder
per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird
um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.
Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift un-
ter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist
die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der
Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch
beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer
veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.